

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petruszeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 40.

Donnerstag, den 17. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## „Neue Wege“ des Reichsverbandes.

Die bisherigen Methoden des Reichsverbandes zur Verfeinerung der Sozialdemokratie scheinen nicht mehr den gewünschten Erfolg zu haben; denn es ist eine ganz umfassende Aktion eingeleitet worden, um die Arbeiterschaft mit den Eigenschaften der Liebertgarde zu überschwemmen. In die „politisch zuverlässigen“ Unternehmer in ganz Deutschland ist, datiert Berlin, 11. Febr., und unterzeichnet: v. Liebert M. d. R., und Dr. B. v. v. n. s. e. n., ein Rundschreiben ergangen, worin der neue Plan auseinandergesetzt wird, der bezweckt, „eine neue systematische Aufklärung der Wählermassen im staats-erhaltenden Sinne durch Flugblätter ins Werk zu setzen“. Mit unverhülltem Neid wird darauf hingewiesen, „in welcher vorteilhafter Lage sich die Sozialdemokratie bei der Verteilung von Flugblättern befindet. Bei der großartigen Disziplin, die unter ihren Anhängern herrscht, stehen ihr für die Verbreitung von Flugblättern zu jeder Stunde große Massen von Hilfskräften zur Verfügung, die gern bereit sind, treppauf treppab zu laufen, um die Flugblätter in jedes Haus, jede Hütte zu tragen. Die staats-erhaltenden Parteien und nationalen Vereine, wie auch der Reichsverband, sind in den meisten Fällen genötigt, für ihre Tätigkeit bei der Flugblattverteilung bezahlte Hilfskräfte anzuwerben, die oft genug, zu einem Teile wenigstens, im Herzen sozialdemokratisch gesinnt sind und derer man infolge dessen in keiner Weise bei dieser Arbeit sicher ist. Es hat bei den Wahlen wiederholt festgestellt werden können, daß die Flugblattverteilung der bürgerlichen Parteien die ihnen zum Austragen übergebenen Flugblätter in großen Massen beseitigt und vernichtet haben, ohne sie auftragsgemäß zu verteilen.“

Auch der Weg, die Flugblätter durch die Arbeitgeber selbst, die an der „zielbewußten Aufklärung ihrer eigenen Arbeiter ein Interesse haben, verteilen zu lassen, „hat sich nicht bewährt“, weil nun einmal die meisten der von der Sozialdemokratie ausgehenden Arbeiter von starkem Mißtrauen befecht sind, gegen alles, was ihnen von Seiten der Arbeitgeber in die Hand gegeben wird!!

Auf Grund dieser trübten Erfahrungen hat nun der Reichsverband sich entschlossen, es einmal mit „neuen Wegen“ zu versuchen, das kann er aber nur, „wenn er von den Arbeitgebern in seinem Vorgehen nach Kräften unterstützt wird“. Es wird dann entwickelt, wie sich diese Unterstützung zu betätigen hätte, und zwar in zweierlei Form:

a) Die Herren Arbeitgeber übersenden der Berliner Hauptstelle des Reichsverbandes eine genaue Liste der bei ihnen beschäftigten Arbeiter mit voller Adresse. Auf Grund dieser Listen werden dann von der Hauptstelle aus alljährlich drei- bis viermal, also im Durchschnitt etwa alle Vierteljahre, an sämtliche in diesem Verzeichnis aufgeführten Arbeiter ein oder mehrere Flugblätter durch die Post versandt. Auf diese Weise würde also jeder der in den Verzeichnissen aufgeführten Arbeiter mehrmals im Jahre durch die Post im besonderen Umschlage belehrende Flugblätter erhalten. Da die Arbeiter keine allzugroße Briefkorrespondenz zu haben pflegen, wird jede derartige Sendung von ihnen sicherlich mit Aufmerksamkeit entgegen genommen und ihr Inhalt auch beachtet werden und zwar vermutlich nicht nur von den Arbeitern selbst, sondern auch von der Frau und der Familie.

„Um diese Flugblattsendung möglichst mannigfaltig zu gestalten, wird von uns beabsichtigt, nicht auf einmal ein und dasselbe Flugblatt an alle Arbeiter durch eine Sendung zu übermitteln, sondern es soll dies in einem fortwährenden Wechsel geschehen. Hierfür ein Beispiel: Ein Arbeitgeber beschäftigt 90 Arbeiter; alsdann erhalten im Monat Januar 30 dieser Arbeiter das Flugblatt Nr. 65 des Reichsverbandes, im Februar 30 Arbeiter das Flugblatt Nr. 70, die letzten 30 Arbeiter endlich im März das Flugblatt Nr. 103. Im Monat April bekommen diese drei Schichten abermals drei verschiedene Flugblätter und so fort, so daß auf diese Weise die in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter nicht nur alle drei Monate einmal ein Flugblatt bekommen, sondern in Wirklichkeit alle Monate eins. Denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die ersten 30 Arbeiter, die das Flugblatt Nr. 65 bekommen haben, dieses auch an die anderen 60 Arbeiter zum Lesen weitergeben werden, die die Flugblätter Nr. 70 und 103 erhalten sollen und umgekehrt, so daß also auf diese Weise eine fortwährende Bearbeitung der gesamten Arbeiterschaft durch aufklärende Flugblätter erzielt wird.“

Diese neue Einrichtung, die ihre Erfinder selbst als „zielbewußt und großzügig“ charakterisieren, kostet natür-

lich schweres Geld, aber in diesem Punkte scheint es beim Reichsverband schwer zu haben. Er ist, wie er klagt, „leider finanziell nicht so gestellt, wie die Sozialdemokratie, die alljährlich über Millionen von Einnahmen verfügt“. Er kann daher auch die Kosten für seine neueste Erfindung nicht aus eigenen Mitteln bestreiten, deshalb sollen die Unternehmer, bei denen er ein großes Interesse für eine staats-erhaltende Gesinnung ihrer Arbeiter voraussetzt, in den Buntel greifen und

b) dem Reichsverband wenigstens die baren Portoaufgaben ersetzen; denn sonst müßte der Reichsverband jährlich Hunderttausende bloß für Porto ausbringen, während für den einzelnen Arbeitgeber die in Frage kommende Summe sehr gering sein würde. Auch hierfür wird ein Beispiel angeführt: „Ein Arbeitgeber beschäftigt 100 Arbeiter. Da der Reichsverband nicht bloß Flugblätter, sondern auch Flugschriften, und auch nicht immer nur ein Flugblatt, sondern in einzelnen Sendungen auch mehrere Flugblätter an die Arbeiter versenden will, muß er damit rechnen, daß in den meisten Fällen jede Sendung 5 Pfg. Kosten verursachen wird. Diese 5 Pfg. will der Reichsverband von den beteiligten Arbeitgebern getragen sehen. Ein Unternehmer, der 100 Arbeiter beschäftigt, würde also dem Reichsverband zu zahlen haben, 100mal 5 Pfg., gleich 20 Mk. jährlich, eine gewiß recht bescheidene Summe, die in Anbetracht des großen und guten Zweckes die Herren sicherlich gern tragen werden.“

Die deutschen Arbeiter können sich einstweilen darauf einrichten, daß sich in nächster Zeit aus der großen Reichsverbandskloake in Berlin eine Sintflut von Schmutz und Unrat über sie ergießen wird.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Ein sozialpolitischer Tag.

Der Reichstag hatte am Mittwoch einen sozialpolitischen Tag. Zuerst wurde das Arbeitskammern- und dann das Hausarbeitsgesetz beraten. Das Arbeitskammerngesetz lag bekanntlich schon im vorigen Reichstage vor; der Finanzreformschacher ließ indes keine Zeit zu seiner Erledigung. Der neue Entwurf ist nach den Prinzipien des Dr. Ballhorn gearbeitet. Nur unwesentliche Verbesserungen der damaligen Kommission sind akzeptiert worden; dafür gesellen sich zu den beibehaltenen Schönheitsfehlern aus der alten Vorlage neue Verschlimmberungen. Auf Befehl des Zentralverbandes der Industriellen, bekanntlich nächst v. Henning und der Lasa der höchsten Regierungsinstanz in Preußen, sollen Arbeitersekretäre nicht wählbar, die Verhandlungen der Arbeitskammern nicht öffentlich, die aktive Wählbarkeit an ein Alter von 25 und die passive gar an ein Alter von 30 Jahren geknüpft sein. Reichstagsabgeordneter kann man schon mit 25 Jahren werden; zur Mitgliedschaft in der Arbeitskammer verlangen die Bueck, Major Bethmann, Delbrück und Genossen ein Alter von 30 Jahren. Delbrück erklärte die Vorlage für unannehmbar, wenn die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre beschlossen werden sollte. Auch die Redner der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen brachten den Befehl des Zentralverbandes zur Kenntnis. Genosse Legien, der Freisinnige Naumann, der Pole Kulerski und sogar der Christlichsoziale Behrens fanden scharfe Worte über die unwürdige Abhängigkeit vom Zentralverbande. Ob aber nicht auch der Reichstag sich den unverschämten Scharfmachern unterwirft, wird von der Haltung des Zentrums abhängen, das in erster Linie recht energisch sprechen ließ, aber bekanntlich sehr wandlungsfähig ist. — Die Vorlage wanderte an eine 28gliedrige Kommission, ebenso das Hausarbeitsgesetz. Dieses geht, wie Genosse Robert Schmidt sachkundig darlegte, uns längst nicht weit genug; wir werden aber in der Kommission versuchen, es zu verbessern. Die fürchterlichen Mißstände in der Hausarbeit mußten auch von allen bürgerlichen Rednern, selbst von dem sehr manchesterlich sprechenden Freisinnigen Manz anerkannt werden. Donnerstag soll endlich einmal Schwerinstag abgehalten werden. Ein wunderschönes Paradespiel, der Toleranzantrag des Zentrums, steht auf der Tagesordnung.

### Abgeschüttelt.

Der geschäftsführende Ausschuss der deutsch-konservativen Partei erklärt eine scharfe Abgabe an die konservative Vereinigung. In der Erklärung heißt es:

„Die konservative Partei ist, wie der Delegiertentag in Berlin gezeigt hat, gern geneigt, ehrlichen Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten Raum zu geben, weil sie die Kraft in sich fühlt, solche Strömungen innerlich zu

überwinden. Sie kann es aber nicht dulden, wenn gesellschaftlich, wie hier nicht eine verhöhrende Verständigung, sondern Zweifel und Unruhe geradezu gefördert und genährt werden.“

### Die Wirkungen des sächsischen Pluralwahlrechts.

Gelegentlich der Debatten über das preussische Wahlreform-Schulal ist von einem sächsischen Blatte Herr v. Bethmann-Hollweg nachgelagt worden daß er ursprünglich dem sächsischen Pluralwahlrecht sehr gewogen gewesen sei und sich mit dem Gedanken getragen habe, es für die preussische Wahlrechtsreform zum Vorbild zu nehmen. Als in Sachen aber jüngst und zwanzig Sozialdemokraten unter den 91 Abgeordneten der neuen Kammer gewählt wurden, da hat das die konservativen Regierungsbureaucraten in Preußen, Herrn v. Bethmann-Hollweg an der Spitze, offenbar flüchtig gemacht. Sie befürchteten wohl auch 25 bis 30 Prozent Sozialdemokraten in den preussischen Landtag zu bekommen, und das ist für preussische Junker natürlich eine unerträgliche Aussicht. Daß die ökonomische und soziale Struktur Preußens eine ganz andere ist als die Sachsens, fällt für die konservativen „Staatsretter“ nicht ins Gewicht. So wurde denn statt eines dem sächsischen ähnlichen Pluralwahlrechts, für das sich besonders die Nationalliberalen begeistert haben würden, die Karikatur einer „Wahlrechtsreform“ geschaffen, die das anscheinend Unmöglichkeit möglichst gemacht hat, nämlich das Dreiklassenwahlrecht noch zu verschlechtern.

Wegen dieser Mißachtung ihrer schönen Erfindung scheinen sich die guten Sächser aber schwer gekränkt zu fühlen, denn in der „Zeitschrift des königlich sächsischen Statistischen Landesamts“ wird das sächsische Pluralwahlrecht dagegen verteidigt, daß es die Sozialdemokratie zu sehr begünstige und ein Sonderabdruck dieser Verteidigung an die Zeitungen verschickt. Es heißt darin:

„Die Ergebnisse der im Herbst 1909 in Sachen zum ersten Male vorgenommenen Wahlen nach dem Mehrstimmenwahlrecht haben außerhalb Sachsens vielfach eine Beurteilung erfahren, die nur durch ungenügende Kenntnis sowohl der sächsischen Wahlrechtsgeschichte als der hiesigen Parteiverhältnisse erklärt werden kann. Man scheint nämlich zu glauben, daß das Mehrstimmenwahlrecht die von seinen Vätern gehegten Erwartungen nicht erfüllt und der sozialdemokratischen Partei einen gänzlich unerwarteten Erfolg gebracht habe. Wie liegen die Dinge nun in Wirklichkeit? Den Sozialdemokraten sind bei den Hauptwahlen 15 Abgeordnetenitze und infolge ungenügender gegenseitiger Unterstützung der Ordnungsparteien bei den engeren Wahlen noch weitere zehn zugefallen, im ganzen also 25. Dagegen würden ohne das Mehrstimmensystem, also bei gleicher Zählung aller Stimmen, bei den Hauptwahlen 53 und bei den engeren Wahlen noch 15, im ganzen 68 Sozialdemokraten gewählt worden sein. Wird nicht durch das Verhältnis 25 : 68 die Fabel von dem Versagen des Mehrstimmenwahlrechts gründlich widerlegt, zumal da die Zusätzlichen den einzigen Punkt bilden, in dem sich das sächsische Landtagswahlrecht wesentlich vom Reichstagswahlrecht unterscheidet?“

„Die Lehren der neuen sächsischen Wahlstatistik scheinen nicht die verdiente Beachtung gefunden zu haben; denn sonst würde man nicht fortfahren, zu behaupten, daß das Ergebnis der sächsischen Wahlen die Notwendigkeit einer viel stärkeren Stimmenhäufung als die in Sachsen angewandte bewiesen habe. Vielmehr geht aus ihr hervor, daß eine intensivere Stimmenhäufung an den Ergebnissen wahrscheinlich nichts geändert haben würde; wohl aber hätte sie die Schwierigkeiten der Wahltechnik einerseits und die Bedenken gegen das System andererseits gesteigert.“

In offizieller Stelle ist man in Sachen also augenscheinlich zufrieden mit dem Pluralwahlrecht. Und man hat Ursache dazu, denn das Verhältnis 25 : 68 zeigt in der Tat, welches unerhörtes Unrecht durch das Pluralwahlrecht den großen Volksmassen zugefügt worden ist. 43 Mandate hat es den „Ordnungsparteien“ gereicht und die Vertretung der großen Industriearbeiterschaft des Staates auf fast ein Drittel dessen zurückgedrängt, was sie nach gleichem Recht beanspruchen konnten.

Aber in Preußen genügt auch das noch nicht. In diesem Staate würde das sächsische Pluralwahlrecht der Sozialdemokratie bei weitem nicht die Erfolgsmöglichkeiten bieten wie in Sachsen, weil Preußen eben kein Industriestaat wie Sachsen ist, sondern weite agrarische Distrikte, die wenig Stimmen für die Sozialdemokratie liefern würden. Die Aussichten für die Sozialdemokratie in Preußen würden bei einem Pluralwahlrecht nach sächsischem Muster viel geringer sein. Aber das ist immer noch zu viel für die Regierungsmänner.



Darum schufen sie ihre „Wahlrechtsreform“, die be-  
stimmt ist, von dem halben Duzend Mandaten, die die  
Sozialdemokratie eublich mit vieler Mühe erkämpft hat,  
möglichst viele noch einige oder alle wieder zu  
nehmen.

Das nennt sich dann preussische „Gerechtigkeit“!

### Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Senatorenkonvent beriet gestern abends über die  
Einteilung der Geschäfte des Reichstages vor Ostern. Es  
blieben dem Reichstage 17 Tage für die zweite Beratung  
des Etats. Vorgelesen sind vier Schwerinstage und für  
die ersten Beratungen vier Tage. Die sittingsfreien Tage  
werden sich vom 26. - 28. Februar erstrecken. Es ist aber  
möglich, daß ein Schwerinstag ausfällt, weil die sozial-  
demokratische Interpellation über die Äußerungen des  
Reichskanzlers im preussischen Abgeordnetenhause gegen  
das Reichstagswahlrecht auf die Tagesordnung kommen  
wird. Für das Reichsamt des Innern, dessen Etat am  
Freitag zur Beratung kommen soll, sind fünf Tage vor-  
gesehen. Die Zahl der Beratungstage ist beschränkt wor-  
den, weil jetzt die sozialpolitischen Gesetze, Arbeitskam-  
mergesetz, Hausarbeitsgesetz, Gewerbenovelle einen Teil  
des Beratungstoffes für das Reichsamt des Innern  
fortnehmen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß  
das Reichsversicherungsrecht noch eingebracht werden  
wird, und daß darum beim Reichsamt des Innern über  
diese Materie eine Debatte nicht stattfinden werde.  
Ferner ist das Kontrollgesetz auf die Tagesordnung zu  
legen, sodaß die Zeit im allgemeinen knapp bemessen  
ist und eventuell Abend-sitzungen vorgenommen werden  
müssen.

Bei dieser umfangreichen Geschäftstätigkeit wurde die  
Notwendigkeit eines Ersatzes für den kranken ersten  
Präsidenten besprochen und gewünscht, daß die Konser-  
vativen für ihren erkrankten Präsidenten einen Ersatz-  
präsidenten stellen sollen. Wenn die Arbeiten der  
Budgetkommission erfolgreicher sind, dann wird nach dem  
Reichsamt des Innern der Etat der Marine beraten,  
dann der Etat des Reichskanzlers und Auswärtigen  
Amtes; ferner die Post- und Reichsdruckerei und dann  
werden die weiteren kleinen Etats folgen.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages  
beschäftigte sich Mittwoch mit der Nachprüfung der Wahl  
in Mühlhausen-Langensalza. Die vorgenom-  
menen Erhebungen ergaben in den meisten Fällen die Be-  
stätigung der im Wahlprotokoll gefügten ungefählichen Vor-  
kommnisse. Hauptächlich sind die gesetzlichen Bestimmun-  
gen über die Geheimhaltung der Stimmabgabe in mehre-  
ren Orten nicht innegehalten worden. In einzelnen Orten  
haben die Wähler den Stollerraum nicht betreten, oder  
der Stollerraum war ungenügend. Ferner haben in meh-  
reren Wahllokale resp. Stollerräumen Stimmzettel für den  
konservativen Kandidaten ausgelegt. Die Kommission  
mußte daher in diesen Orten den Wahlakt kassieren, resp.  
die für den konservativen Kandidaten abgegebenen Stim-  
men von dessen Stimmzahl abziehen. Die Berechnung  
ergab aber, daß der konservative Abgeordnete Arnstadt  
dann nicht mehr die absolute Mehrheit der Stimmen be-  
sitzt. Die Kommission erklärte daher die Wahl Arn-  
stadt mit 8 gegen 5 Stimmen für ungültig.  
Dann wurde die Nachprüfung der Wahl v. Rappengst,  
Wahlkreis Ost- und West-Sternberg vorge-  
nommen. Der Bericht war vom Plenum in der Sitzung  
vom 13. Juli 1909 an die Kommission zurückverwiesen  
worden, weil der Aufruf für von Rappengst, den die Amts-  
vorsteher des Wahlkreises mit ihrer amtlichen Eigenschaft unter-  
zeichnet hatten, dem Bericht nicht beigelegt war. Ferner  
weil die Kommission, ohne amtliche Erhebungen durch den  
Reichskanzler zu veranlassen, ihrerseits Auskünfte bei den  
Landräten eingeholt hatte, ob die Ortschaften, wo die amt-  
liche Beeinflussung eingegriffen hatte, zu dem Amtsbereich  
der betr. Ortsvorsteher gehören. Es wurde festgestellt, daß  
die Kommission bisher diese Feststellungen stets aus dem  
amtlichen Gemeinde-Lexikon für Preußen gemacht hatte,  
und dies sollte daher nachgeholt werden. Da dies ge-  
schehen, und diese amtlichen Feststellungen die Auskünfte  
des Landrats bestätigten, kam die Kommission, da das  
Plenum weitere Ausstellungen nicht gemacht hatte, zu dem  
Beschlusse, unter Aufrechterhaltung des alten, nunmehr er-  
gänzten Berichtes, die Wahl des Abg. Rappengst  
ebenfalls für ungültig zu erklären.

Im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza  
hatte bekanntlich 1907 der zweimal gewählte freisinnige  
Abgeordnete Eichhoff die Wahl abgelehnt. In der  
Nachwahl war dann der konservative Arnstadt gewählt  
worden. Das Stimmverhältnis war in der Hauptwahl  
folgendes: Reichspartei 10541, Freisinn 6117, Sozial-  
demokratie 6016 Stimmen. Bei der Stichwahl erhielt der  
Freisinnige 14112 Stimmen, der Reichsparteier 11118  
Stimmen. Bei der Nachwahl am 1. März 1907 er-  
hielten: Konservativ 11909, Freisinn 5990, Sozialdemo-  
kratie 5610. Arnstadt war somit im ersten Wahlgange  
gewählt.

Im Kreise Ost- und West-Sternberg erhielt 1907 der  
konservative Abgeordnete Rappengst 8824, der Antisemit  
5240, der Sozialdemokrat 1636 und der Freisinnige 884  
Stimmen.

Das preussische Abgeordnetenhause  
legte Mittwoch die 2. Lesung des Etats der Justizverwal-  
tung vor. Aus der Debatte, die sich in Einzelheiten ver-  
lor, ist hervorzuheben eine Anregung auf gesetzliche Rege-  
lung der Berufsvermittlung, wie sie sich in den großen  
Städten besonders für uneheliche Kinder eingebürgert hat.  
Bekanntlich haben auch unsere preussischen Genossen auf  
dem letzten preussischen Parteitage diese Forderung in das  
Kommunal-Programm aufgenommen.

Weiter wird die Frage der Zeugnis-Zwangshaft ge-  
streift und allseitig verlangt, daß von dieser Maßnahme  
nur ausnahmsweise bei sehr schweren Straffällen Gebrauch  
gemacht werden dürfe. Auch das Überhandnehmen der  
Berufung von Amtsanwälten gegen Schöffengerichtsurteile  
und die Zunahme der Revisionen von Staatsanwältinnen  
wurde von einigen Rednern bebauert. Schließlich sei noch  
herausgehoben, daß der freisinnige Abgeordnete Wüst-  
mann die geradezu ungläubliche Mitteilung machte, daß  
in Hirschberg i. Schl. seit 1906 nicht weniger als sieben  
Morde unentdeckt geblieben sind; nicht gerade ein schmei-  
chelhaftes Zeichen für unsere Justiz!

Am Donnerstag fällt die Plenar-Sitzung aus, da an  
diesem Tage die Wahlrechtskommission tagt.

Die Beratung des Etats der Justizverwaltung wird  
Freitag fortgesetzt.

### Freisinnige Wahlrechtsaktion.

Der freisinnige Wahlrechtsausschuß fordert die frei-  
sinnigen Organisationen auf, einen Entrüstungssturm  
gegen die Wahlrechtsvorlage zu entfalten. Zu diesem  
Zweck sollen allenthalben Protestversammlungen abgehalten  
werden.

### Materialverschwendung bei der Kieler Werft.

In einer Sensation kam es Mittwoch in der Budget-  
kommission des Reichstages. Genosse Severing stellte  
u. a. mit, daß bei der Vergabe von Arbeiten die Ma-  
rineverwaltung ganz willkürlich und schändlich verfähre.  
Es sei für eiserne Wächstangen 4,25 Mk. und 7,10 Mk.  
gezahlt worden, obgleich dieselbe Ware zu 2,10 und 2,90  
Mark angeboten worden sei. Es sei weiter vorgekom-  
men, daß in Kiel Messingstangen, Alufest, Kupfer-  
platten usw. über Bord geworfen worden seien. Dasselbe  
sei im Frühjahr 1909 in Wilhelmshaven geschehen,  
wo man Schläuche usw., weil überzählig, gleichfalls über  
Bord warf. In Wilhelmshaven habe im vergangenen  
November die Revision stattgefunden. Bei dieser Gelegen-  
heit habe ein Mitglied des Marinevorstandes angeordnet,  
daß der Fische wegen Löcher in das Eis gehauen werden.  
In diese Löcher habe man Artillerie- und anderes Ma-  
terial des Nachts verfenkt. Er, Severing, wolle dem  
Staatssekretär die Stelle näher bezeichnen, und wenn er  
sodort telegraphiere, so werde man das Material noch vor-  
finden. Der Staatssekretär versprach, die nötigen Schritte  
sodort unternehmen zu wollen.

### Nationale Anbiederungsversuche.

Die Nationalliberalen werden fortgesetzt von den  
Konservativen mit Fußtritten bedacht; das hält sie nicht  
ab, den Konservativen in aufdringlichster Weise nachzu-  
laufen. Dieser Tage sprach in Dresden der Abge-  
ordnete Landgerichtsdirektor Dr. Heinze über das gegen-  
wärtige gespannte Verhältnis zu der konservativen Partei  
und führte nach der „National-Ztg.“ u. a. aus: Ich  
möchte vor der Versammlung warnen, die jetzt in das po-  
litische Leben eingedrungen ist. Wir dürfen dieser Ver-  
sammlung wegen nie die Sozialdemokratie  
unterstützen, weder durch Stimmenthaltung, noch gar  
durch positive Forderungen.

### Die Erntewahl in Mühlheim-Wipperfürth.

Am dem Ergebnis der Wahl ist besonders erfreulich,  
daß unser Stimmengewinn, der gegen 2400 beträgt,  
ausschließlich auf dem Lande erzielt wurde: 1000 Stimmen  
in ultramontanen Domänen, der Rest in dem liberalen  
Kreise Gummersbach. Die Industriestadt Mühlheim a. Rh.  
hat diesmal für uns verstimmt, hier stiegen unsere Stimmen  
nur von 4455 auf 4498, also nur um 43. Das Zentrum  
aber stieg auf 4133 oder um 510 Stimmen. Dieses Er-  
gebnis läßt sich aus der wirtschaftlichen Krise erklären,  
unter der die Arbeiter am meisten zu leiden hatten. Auch  
die religiöse Hege, die vom Zentrum in einer kaum noch  
zu übersehender Weise betrieben wurde, kann den Still-  
stand erklären.

Zieht man den Mühlheimer Gewinn des Zentrums  
von seinem Gesamtgewinn ab, so ergibt sich, daß es auf  
dem Lande über 100 Stimmen verloren hat. Wir haben  
in Orten, wo wir bisher nicht so recht vorwärts kommen  
konnten, sprunghafte Steigerungen erreicht, während das  
Zentrum dort zurückging.

In vielen Wahllokalen, wo strenge Zentrumsleute  
die Leitung hatten, waren unsere Vertrauensleute schweren  
körperlichen und mündlichen Beleidigungen ausgesetzt. Im  
frommen Städtchen Wipperfürth wurden unsere Genossen  
hinausgeprügelt, in einem anderen Orte holte der Kaplan  
den Polizeidiener herbei, damit dieser die Ausweisung  
vornehme.

Am schlechtesten haben die Liberalen abgeschnitten.  
Schnen haben die Christlich-Sozialen einen Teil der Stimmen  
abgenommen. Viele Hottentottenwähler von 1907 blieben  
diesmal zu Hause, der Rest ist zur Sozialdemokratie ge-  
kommen.

Wie sich die Liberalen in der Stichwahl verhalten  
werden, bleibt noch abzuwarten, jedenfalls wird die Sozial-  
demokratie alles tun, um auch die Stichwahl, die am 26.  
Februar stattfindet, in Ehren zu bestehen.

### Die Kirche hat einen guten Magen.

Im Herzogtum Sachsen-Meiningen hat im letzten  
Jahre die Bewegung zugunsten des Austritts aus der  
Landeskirche einen großen Fortschritt zu verzeichnen ge-  
habt. Das ist der Geistlichkeit des Landes gewaltig in  
die Krone gefahren und sie beantragt beim Landtag jetzt  
zu dem Gesetz betr. die Kirchengemeindelasten folgendes  
hinzufragen: „Der evangelische Teil einer gemeinlichen  
Ehe ist mit der Hälfte des der kirchlichen Bestimmung  
zugrunde liegenden Steuerjahres, zu dem der Ehemann  
veranlagt ist, zur Kirchensteuer heranzuziehen. Soweit die  
Ehefrau zu Staatssteuern selbständig veranlagt ist, ist der  
evangelische Teil nach Maßgabe seiner Veranlagung zur  
Kirchensteuer heranzuziehen.“ In der Begründung heißt  
es, daß eine Ehe auch als gemischt anzusehen ist, wenn  
der Mann aus der Kirche ausgetreten und Dissident  
ist. Bisher galt in Sachsen-Meiningen der Grundsatz, daß  
nach dem Einkommen die Kirchensteuer zu zahlen ist.  
Da nun in der Regel das Einkommen des Mannes in  
Betracht kam, ging die Kirche leer aus, wenn der Mann  
aus der Landeskirche austrat. Um nun der Kirche die  
Steuern zu retten, soll in Zukunft, wenn der Mann aus  
der Kirche ausgetreten ist, die Frau zur Hälfte des Ein-  
kommens des Mannes die Kirchensteuer bezahlen. Man will  
dadurch offensichtlich dem Austritt aus der Landeskirche  
entgegenwirken. Nach der jetzigen Zusammensetzung des  
Landtages ist allerdings nicht zu erwarten, daß die unge-  
rechte Zumutung der Geistlichkeit Gesetz wird.

### Gegen die Willkür der Frankfurter Polizei.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatten  
die Sozialdemokraten und die Demokraten  
gegen das brutale Vorgehen der Polizei am  
letzten Sonntag Interpellationen eingebracht. Die  
sozialdemokratische Interpellation richtet

sich gegen die postliche Benützung städtischer Um-  
lungen und lautet:

1. Ist dem Magistrat bekannt, daß bei Gelegenheit  
einer Volksversammlung am letzten Sonntag Polizei-  
beamte städtische Straßenbahnwagen okkupiert haben, um  
den friedlichen Abgang der Versammlungsbefucher zu ver-  
hindern und was gedenkt der Magistrat zu tun, um dies  
für die Zukunft zu verhindern?

2. Was hat das Strafenbahnamt veranlaßt, den  
Polizei am Sonntag die Werkstätten der Handwerker  
einzuräumen und zu vorübergehendem Aufenthalt zwecks  
Wohnung zu überlassen und was gedenkt der Magistrat  
zu tun, um dies für die Folge zu verhindern?

Die demokratische Interpellation lautet:

Mit Rücksicht darauf, daß das Verhalten der Polizei  
besonders am letzten Sonntag geeignet ist, sowohl die  
Sicherheit harmloser Passanten zu gefährden als auch den  
Fremdenverkehr zu beeinträchtigen, ersuchen wir den  
Magistrat, an der zuständigen Stelle Verwahrung einzu-  
legen, damit die Wiederholung solcher Vorgänge vermieden  
wird.

Überbürgermeister Adickes erklärte, dem Magi-  
strat sei von den Vorgängen nichts be-  
kannt. Er könne deswegen die Interpellation  
nicht heute beantworten. In einer sich  
anschließenden Geschäftsordnungsdebatte wurde allgemein  
verlangt, daß die Interpellationen schnellstens be-  
antwortet werden. Ein bürgerlicher Stadtverord-  
neter erklärte unter Zustimmung der Versammlung, daß  
alle Parteien über das Vorgehen der  
Polizisten entrüstet sind. Die Interpellationen  
sollen am nächsten Dienstag beantwortet  
werden.

Ein weiterer Antrag der sozialdemokrati-  
schen Fraktion bezüglich des gleichen  
Wahlrechts will den Magistrat ersuchen, in einer Re-  
solutions entsprechenden Protest gegen die Wahl-  
rechtsvorlage der Regierung beim Abge-  
ordnetenhaus einzulegen. (Es ist derselbe  
Antrag, den die Berliner sozialdemokratische Stadtverord-  
neterfraktion gestellt hat.)

### Ende des Zollkrieges mit Kanada.

Im kanadischen Parlament gab Finanzminister Viel-  
ding bekannt, daß ein provisorisches Handels-  
abkommen zwischen Kanada und Deutsch-  
land geschlossen sei, wodurch der Zollkrieg am 1. März  
zu Ende geht. Dem Abkommen gemäß wird der kanadische  
Zollaufschlag auf deutsche Waren aufgehoben und der Ge-  
neralarif in Kraft gesetzt.

### Türkei.

Ein Monarch, der selbst Opfer bringt. Der  
Sultan erklärte einer Abordnung des Komitees für  
Sammlungen zugunsten der Flotte, daß er auch an der  
Sammlung teilnehmen wolle und deshalb eine Monats-  
rate seiner Zivilliste dem Flottenfonds  
zuweise. Der Abordnung wurde sogleich eine erste Teil-  
zahlung in der Höhe von 1946 türk. Pfund eingehändigt.  
Lufti Bei, der erste Kammerherr, und Halid Sia Bei, der  
erste Sekretär des Sultans, haben gleichfalls je ein Mo-  
natsgehalt zugunsten der türkischen Flotte gespendet. —  
Anderwärts begnügen sich die Herrscher damit, Forderungen  
bezüglich Vergrößerung der Flotte zu stellen und an die  
Opferwilligkeit des Volkes zu appellieren. Sie selbst  
haben nichts übrig.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 17. Februar.

Achtung, Stukkaure und Hilfsarbeiter! Wegen  
Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukka-  
ure und Hilfsarbeiter gesperrt.

In fünflose Wnt haben die am Sonntag veranstalteten  
machtvollen Wahlrechtsdemonstrationen der preussischen Ar-  
beiterchaft die „Lübeckischen Anzeigen“ verlegt. In einem  
Artikel, über dessen Herkunft ein mythisches Dunkel schwebt,  
der aber sicherlich nicht auf dem Dunge der Antisemitrede-  
aktion gewachsen ist, wird am Dienstag abend das schwerste  
Geschick gegen die Sozialdemokratie aufgeföhren.

Bedauerlich ist, daß die ehrlichen Freunde  
einer Wahlrechtsreform in Preußen in ihrer Arbeit ge-  
hindert werden durch das törichte, ja kindische  
Gebahren der Sozialdemokratie, das nur  
den Gegnern jeder Wahlrechtsreform Waffen in die Hand  
liefert. Sehen wir von dem pöbelhaften Auf-  
treten einiger sozialdemokratischer Abgeordneten bei  
preussischen Abgeordnetenhause ab, so muß der Weg, den  
die Sozialdemokratie jetzt anscheinend im größeren Stille  
zu beschreiten sich anhebt — durch Straßendemonstrationen  
auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien ein-  
wirken zu wollen — auf das schärfste ver-  
urteilt werden. Will man — und auch die nationallibe-  
rale Partei will es — den Massen einen größeren Einfluß  
auf die preussische Gesetzgebung einräumen als bisher, so  
liegt es im größten Interesse gerade dieser Volksteile,  
den Beweis ihrer staatsbürgerlichen Fähigkeiten durch  
ruhiges und besonnenes Auftreten zu erbringen. Dadurch,  
daß die Sozialdemokratie die Massen aufreizt und zu  
Schritten fortreibt, die hart an die Grenzen der bestehen-  
den Gesetze stoßen, verständigt sie sich, wie so oft, an den  
wahren Interessen der Arbeiterschaft. Es wird eine der  
vornehmsten Aufgaben der bürgerlichen Par-  
teien sein, diese Vorgänge wiederum zum  
Anlaß zu nehmen, die arbeitenden Volks-  
kreise aufzuklären darüber, daß die sozialdemokra-  
tischen Führer, ob diese wohl den Mund gewaltfam auf-  
reißen, in Wirklichkeit dennoch die größten Feinde einer  
politischen und sozialen Besserstellung der Arbeiterschaft  
sind.

Schließlich wird in dem Antisemit-Artikel der Wunsch  
ausgesprochen, daß die „Verführer“ bald angeklagt und ver-  
urteilt werden.

Wenn auch das Antisemit nur über einen sehr beschrän-  
kten Leserkreis verfügt und seinen Auswirkungen auch sonst  
wenig Bedeutung beizumessen ist, so erscheint es doch ange-  
bracht, an der Hand vorstehenden Artikels wieder einmal zu  
zeigen, wie es mit der Wahlrechtsfreundlichkeit  
der Nationalliberalen in Wirklichkeit aussieht.  
Diejenige Partei, die allein in unerhöchtester  
Weise für die Volksrechte kämpft, die Sozialdemo-  
kratie, deren glänzender Opfermut überall Bewunderung  
erregt, sucht man zu beschimpfen, um auf diese Weise die  
eigene Volkseindlichkeit zu verschleiern. Wie  
bittere Ironie klingt es, wenn sich jene Leute als „ehrliche  
Freunde einer Wahlrechtsreform“ aufspielen, während sie bereit



Ind, die Rechte der Arbeiter mit Füßen zu treten. Die vornehmste Aufgabe der bürgerlichen Parteien ist es, die arbeitenden Volksteile aufzuklären, heißt es dann weiter im Text der „Lübeckischen Anzeigen“. Uns scheint, daß nichts mehr zur Aufklärung der Arbeiter beitragen wird, als wenn man ihnen nur die Taten der National-Liberalen vor Augen hält: die werden auch die Weltfremdesten schrecklich machen und sie in die Reihen der Sozialdemokratie führen. Die ganze edle Seele des Antisemitismus kommt jedoch in dem Wunsch zum Vorschein, daß die Führer der Arbeiter im Wahlrechtskampf angeklagt und verurteilt werden möchten. Vielleicht tun die Gerichte ihm den Gefallen, obwohl Wahlrechtsdemonstrationen nach einer Entscheidung des preussischen Kammergerichts erlaubt sind. Dadurch würde natürlich nur wiederum der Beweis geliefert, daß es in Preußen-Deutschland zweierlei Recht gibt. Eines steht fest, und das wird durch den Antisemit-Artikel erhärtet: es muß eine gute Sache um die Wahlrechtsdemonstrationen sein, wenn die Reaktionen sie begeistern.

**Die Bahn Lübeck-Neustadt** beschäftigt gestern den Bürgerausschuß, dem folgendes Senatsdekret vorlag: Seit längerer Zeit begegnet der Plan der Erbauung einer Eisenbahn Schwartau-Lübeck-Neustadt i. S. lebhaftem Interesse. Das Komitee, das vor einigen Jahren aus Vertretern Ostholsteins, des Fürstentums Lübeck und der hiesigen Handelskreise zur Förderung dieses Planes zusammengetreten war, hat ein generelles Projekt ausarbeiten lassen, das die Kosten des Baues einer Nebenbahn von Schwartau nach Neustadt i. S. auf 1740000 Mk. veranschlagt. Da die angestellten Mittelungen die Bauwürdigkeit dieser Bahn ergeben haben, hat das Komitee die Finanzierung des Unternehmens in die Wege geleitet, und zwar auf der Grundlage, daß eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 1740000 Mk. errichtet wird. Das Komitee hat an den Senat die Bitte gerichtet, eine Beteiligung des Lübeckischen Staates in Höhe von 500000 Mk. an der Aktienzeichnung herbeizuführen. Es wird erwartet, daß auch derselbe Betrag von 500000 Mk. von dem preussischen Staate Oldenburg gezeichnet werden wird. Die Bahnlinie fährt von Schwartau über Kotelau, Hemmelsdorf, M. Timmenborn, Scharbeutz, Hof Gronenberg, Haffstrig nach Neustadt i. S. und mündet dort nördlich der Chaussee von Neustadt nach Wutin in die oldenburgische Kreisbahn Neustadt-Steilighausen. Die Betriebslänge der Bahn wird 21 Kilometer betragen. Haltestellen sind in Kotelau, M. Timmenborn, Scharbeutz und Haffstrig vorgesehen. In Neustadt soll ein besonderer Bahnhof angelegt werden, der für den Lokalverkehr von Neustadt und zugleich für den Durchgangsverkehr aus dem Kreis Oldenburg nach Lübeck und Hamburg bestimmt ist. Sofern nicht bei Ausarbeitung der Spezialpläne eine Änderung der Bahnlinie vorgenommen wird, wird die Bahn lediglich oldenburgisches und preussisches Gebiet berühren. Die Konzessionierung der Bahn wird demnach bei der oldenburgischen und bei der preussischen Regierung zu ermitteln sein. Die durch das Komitee aufgestellte Verträglichkeitsrechnung veranschlagt die Einnahmen der Eisenbahn Lübeck-Neustadt auf 292440 Mk., wovon 88000 Mk. auf den Personenverkehr, 114440 Mk. auf den Güterverkehr entfallen. Diesen Einnahmen stehen Betriebsausgaben in Höhe von 120000 Mk. gegenüber, so daß sich ein mutmaßlicher Betriebsüberschuß von 82440 Mk. ergibt. Auf Grund dieses Betriebsüberschusses wird in der Verträglichkeitsrechnung die Verteilung einer Dividende von 7, Proz. in Aussicht gestellt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Projekt von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung ist. Der neue Verkehrsweg wird einerseits den nahe gelegenen oldenburgischen Ostseebädern Timmenborn, Scharbeutz und Haffstrig auf kürzestem Wege Bahnanschlüsse nach Lübeck und Hamburg gewähren und damit für diese Bäder die Grundlage einer raschen Entwicklung schaffen, andererseits die Eisenbahnverbindung zwischen Lübeck und dem fruchtbarsten Ostholstein einschließlich Fehmarn um 18 Kilomet. abkürzen. Beide Umstände erscheinen geeignet, die Handelsinteressen Lübeck's wesentlich zu fördern. Demgegenüber muß die Möglichkeit einer Schädigung der Interessen des Badeortes Travemünde zurücktreten. Von erheblicher Bedeutung ist auch die Erwägung, daß eine Bahn Lübeck-Neustadt, wenn später dem Gedanken der Schaffung eines neuen deutsch-dänischen Verkehrsweges Hamburg-Lübeck-Fehmarn-Laaland-Kopenhagen näher getreten wird, ein wichtiges Glied dieser internationalen Route bilden und die Stellung Lübeck's im Verkehr mit den nördlichen Reichen befestigen wird. In der Beurteilung der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Bahn befindet sich der Senat in voller Übereinstimmung mit der Handelskammer, die den Bestrebungen des Komitees von Anfang an ihr tatkräftiges Interesse entgegengebracht hat. In Anbetracht dieser Sachlage erscheint eine Beteiligung des Lübeckischen Staates an dem Unternehmen in Höhe von 500000 Mk. angebracht. Auch das Finanzdepartement hat gegen eine solche Beteiligung, die für das Zustandekommen der Bahn erforderlich ist, keine Einwendungen erhoben. Selbst wenn die berechnete Dividende von 7, Proz. in den ersten Betriebsjahren nicht in dieser Höhe zu erzielen sein sollte, so würde der von der Bahn zu erwartende allgemeine Nutzen eine Aufwendung von öffentlichen Mitteln in dem angegebenen Umfang rechtfertigen. Soll die Bahn die angestrebte Belebung des Verkehrs in vollem Maße bewirken, so wird die Ausführung des Baues in einer Weise erfolgen müssen, die den Verkehr von Schwelzigen ermöglicht. Es wird demnach darauf Bedacht zu nehmen sein, daß der Oberbau genügend stark gewählt und die Steigungs- und Krümmungsverhältnisse günstig gestaltet werden. Die finanzielle Beteiligung des Lübeckischen Staates wird daher davon abhängig zu machen sein, daß das später auszuarbeitende spezielle Projekt dem Eisenbahnkommissariat des Senats eingereicht und von diesem genehmigt wird. Der Senat beabsichtigt hiernach, bei der Bürgererschaft zu beantragen: 1. daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, für die zu erbauende Eisenbahn Lübeck-Neustadt i. S. Aktien im Betrage von 500000 Mark unter der Bedingung zu zeichnen, daß das noch auszuarbeitende spezielle Eisenbahnprojekt dem Eisenbahnkommissariat des Senats eingereicht und von diesem genehmigt wird; 2. daß der erforderliche Betrag auf Anleiheemittel angewiesen werde. Der Bürgerausschuß erklärte sich einstimmig gutachtlich für die Mitgenehmigung der Vorlage durch die Bürgererschaft.

**Die Verwaltung der Lübecker Straßenbahn.** Der Bürgerausschuß erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung gutachtlich für einen Senatsantrag, der besagt, 1. daß die Verwaltungsbefugnisse für städtische Gemeindeanstalten mit der Verwaltung der Lübecker Straßenbahn beauftragt werde; 2. daß dem Direktor Fähnle die Betriebsleitung der Straßenbahn übertragen und demgemäß die Verwaltungsbefugnisse für städtische Gemeindeanstalten ermächtigt werde, mit ihm einen Dienstvertrag abzuschließen, in welchem ihm bei sechsmonatiger Kündigung eine feste Jahresvergütung von 8500 Mk., sowie Anspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung,

deren Höhe nach Maßgabe der Gesetze vom 15. Juni 1885, betreffend die Pensionierung der Beamten und die Fürsorge für die Witwen und Waisen von Beamten zu berechnen ist, in der Weise zugesichert wird, daß 6000 Mk. seiner Bezüge Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung besitzen und daß seine Dienstzeit vom 28. September 1887 gerechnet wird; 3. daß unter Anerkennung der vorgelegten Bilanz vom 1. April 1909 der vorgelegte, in Einnahme mit 603795 Mk., in Ausgabe mit 610899,99 Mk. abschließende Vorschlag der Straßenbahn für das Jahr 1909 beschlossen werde. — Als Riffer 4 wurde dem Senatsantrag auf Antrag Dr. Wenda hinzugefügt, daß der aus dem Vorschlag für das Verwaltungsjahr 1909 sich ergebende Fehlbetrag durch Überschüsse der Maritbahn gedeckt werde.

**Jahresbericht der Tabakarbeiter Lübeck's für 1909.** Der Mitgliederbestand betrug im 1. Quartal 81, im 2. Quartal 81, im 3. Quartal 76, im 4. Quartal 71 Mitglieder. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausgezahlt im 1. Quartal 124,20 Mk., im 2. Quartal 48,20 Mk., im 3. Quartal 79,50 Mk., im 4. Quartal 131,60 Mk. An Krankenunterstützung wurden ausgezahlt im 1. Quartal 120,20 Mk., im 2. Quartal 133,10 Mk., im 3. Quartal 63,06 Mk., im 4. Quartal 275,55 Mk. Unterstützung in 2 Sterbefällen 55 Mk. Die Zigarrenarbeiter gehören zu den am Orte am schlechtesten entlohnten Arbeitern. Der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter betrug im Jahre 1907 632 Mk., der Mindestlohn der Zigarrenarbeiter beträgt für Anfertigung von 1000 Zigarren 9 Mk. Ein Arbeiter, der 2000 Stück in der Woche bei 9/4 stündiger Arbeitszeit anfertigt, ist schon ein guter Arbeiter; sein Lohn stellt sich demnach nur auf 18 Mk. pro Woche. Das Jahr 1909 ist wohl das schlechteste seit 1878 für die Zigarrenarbeiter gewesen und das kommende scheint leider auch nicht besser zu werden. In mehreren Materien ist die Tabakarindustrie seitens der Regierung durch Steuerpläne benachteiligt worden, was den Tabakarbeitern immer zum Nachteil gewesen ist. Im Jahre 1909 hat der Reichstag die Tabakarbeiter ordentlich bluten lassen, indem zu dem bestehenden Tabakzoll noch eine Versteuerung auf den Tabak gelegt wurde. Darunter haben die Arbeiter schwer zu leiden, weil die Fabrikation jetzt immer nach solchen Gegenden verlegt wird, wo noch die allererbärmlichsten Löhne bezahlt werden. Wie die Steuer nun auf die Lübecker Zigarrenarbeiter gewirkt hat, mag folgendes zeigen. Jetzt sind 14 Tabakarbeiter arbeitslos; 4 arbeiten halbe Tage; geschädigt durch die Steuer sind 25 Tabakarbeiter; das sind 35-40 Proz. der hiesigen Tabakarbeiter, die durch die Steuer geschädigt sind. Dem Arbeiter fällt es schwer, andere Arbeit zu finden, weil es sich hauptsächlich um schwächere Arbeiter handelt; 22 Gewerke sind eingereicht wegen Unterstützung aus dem Verarmungs-Fonds. Die Tabakarbeiter Deutschlands haben in den Konferenzen beschlossen, einen festen Lohn- und Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern abzuschließen. Wir wandten uns an unsere Arbeitgeber mit dem Ersuchen, den Lohn der Zigarrenarbeiter etwas aufzubessern. In der gemeinsamen Sitzung mit den Arbeitgebern erklärten diese selbst, daß der Lohn unbedingt aufgehoben werden müßte, nur sollten wir warten bis zum Frühjahr, wenn das Geschäft etwas besser gehen würde. Ist doch die Lohnzulage, welche bewilligt werden sollte, in der Preissteigerung der Ware seit dem 15. August 1909 mit enthalten; macht es doch nur 1/2000 pro Zigarette Lohnaufbesserung aus. Wir ersuchen die Arbeiter Lübeck's, nur bei den Firmen ihren Bedarf an Zigarren zu kaufen, welche zum Frühjahr gewillt sind, einen Tarif mit den Arbeitern abzuschließen. Auch können wir dann die verheirateten Kollegen wieder in Arbeit bringen, die jetzt arbeitslos geworden sind.

**Der Konsum-Verein für Lübeck und Umgegend** hielt am Dienstag seine Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht hat der Verein im letzten Vierteljahr ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl liegt von 2067 auf 2219; mit den seit Neujaahr eingetretenen hat der Verein zurzeit 2442 Mitglieder und wird in allernächster Zeit eine neue Verkaufsstelle, die zehnte, im Langen Lohberg eröffnen. Die Gesamteinnahme betrug 215 361 Mk. 44 Pf., die Ausgabe 210 796 Mk. 94 Pf., der Kassenbestand 4564 Mk. 50 Pf. Da dem Verein der Laden in Schwartau zum 1. Juli gekündigt worden ist und ein anderes passendes Lokal weder zu mieten noch zu kaufen war, so beschloß die Versammlung auf Antrag der Verwaltung, ein eigenes Gebäude zu errichten. Dasselbe soll außer einem großen Laden und Nebenräumen noch 4 Wohnungen enthalten. Ein Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats auf Änderung des Gesamtstatuts wurde nach sehr langer, teilweise erregter Debatte abgelehnt, trotzdem der in der Versammlung als Gast weilende Verbandssekretär Viech aus Hamburg die Annahme des Antrages auf das wärmste empfahl. Bei der Erwahlung eines Aufsichtsratsmitgliedes wurde Gen. Spiegel gewählt. Hierauf erfolgte um 12 Uhr Schluß der von 318 Mitgliedern besuchten Versammlung.

**Es geschehen doch noch Zeichen und Wunder.** In die Kommission des Bürgerausschusses zur Vorprüfung des Staatsbudgets und des Vorschlages der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten wurde auch ein Sozialdemokrat, nämlich der Genosse P. Pave gewählt. Es hat demnach fast den Anschein, als ob der Bürgerausschuß in seiner Mehrheit weniger reaktionär ist als die Bürgererschaft.

**Vorstoß! Wane Bohnen!** In der Zeit vom 21. bis 28. Februar, 28. Februar bis 5. März und 7. bis 9. März d. J. umhül. wird das Infanterie-Regiment Lübeck (S. Hanseatische) Nr. 162 täglich von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags auf der Falsinger Heide ein Schießen mit scharfen Patronen abhalten. In bezug auf das Betreten des bei diesen Schießübungen gefährdeten Geländes ist den Weisungen der vom Regiment ausgesetzten Sicherheitsposten unbedingt Folge zu leisten. Als gefährdet ist der von folgenden Linien eingeschlossene Raum zu betrachten: Weg Walingen-Lauen bis in Höhe des Nordrandes des Exerzierplatzes, Nordrand des Exerzierplatzes, dänische Scheibenstände-Forsithaus Westoe bis zu den Schießständen des Regiments, Südrand des Exerzierplatzes Walingen. Die Wege Walingen-Lauen und Walingen-Brandenbaum sind als nicht gefährdet zu betrachten.

**Handelsregister.** Am 16. Februar 1910 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma B u g b a c h u. K e i m e r s in Lübeck: Die offene Handelsgesellschaft ist durch Konkurs aufgelöst. Das Geschäft nebst der Firma ist durch Veräußerung auf den Kaufmann L. E. Helmes in Lübeck als Alleinhaber übergegangen. Der Übergang der Verbindlichkeiten des bisherigen Geschäftes auf den Erwerber L. E. Helmes in Lübeck ist ausgeschlossen. Dem Kaufmann L. E. Helmes in Lübeck ist Prokura erteilt; 2. bei der Firma: D r e s d n e r B a n k in Dresden, Zweigniederlassung in Lübeck unter der Firma Depositionskasse der Dresdner Bank: Die Vorstandsmitglieder L. von Steiger und J. F. Schuster sind aus dem Vorstände ausgeschieden. Das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied F. Jüdel und der Bankdirektor H. Gutmann in Berlin sind zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern bestellt. Zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern sind bestellt: B. Theisner in Zehlendorf, C. Ordina in Grunewald, F. Marcuse in Berlin und W. Freymuth in Charlottenburg.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen Freitag, gelangt Kossius Oper „Der Barbier von Sevilla“ und hierauf die Ballett-Pantomime „Bilbo in a ch dem Ball“ zur nochmaligen Aufführung. — Am Sonnabend kommt die mit so großem Beifall aufgenommene Lustspiel-Novität „Das Konzert“ von Hermann Vahr zur Wiederholung. — Am Sonntag nachmittags 8 Uhr findet die 4. Volkspoststellung statt und zwar kommt das wirkungsvolle Schauspiel „Die Ehre“ von Eidermann zur Aufführung. Der Eintrittspreis für alle Plätze beträgt pro Person 50 Pf., dazu kommen 10 Pf. Garderobengebühr. Alle Plätze werden, wie bisher, ausgelost. Der Vorverkauf resp. die Auslosung findet morgen, Freitag, und Sonnabend je von 8 bis 9 Uhr abends an der Theaterkasse statt.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Morgen Freitag, (Anfang 8 Uhr), gelangt das Lustspiel „F r w e i e n K ö p f l“ von Blumenthal und Kadelburg zur Aufführung.

**Neusefeld.** Gemeinderatsitzung. Der Entwurf des Durchbaues des Neusefelder Schulhauses wurde genehmigt. Vom Durchbau des Schulhauses in Horsdorf wurde abgesehen und beschlossen, einen Neubau zu errichten. Derselbe wird, trotzdem die Mehrkosten 2200 Mk. betragen, billiger als der Durchbau. Das Anfahren des Armenholzes soll ausgeführt werden und zwar für die Gemeinden Gr. Varin und Neusefeld getrennt. Zum Armenpfleger in Gr. Varin wurde H. Baetan vorgeschlagen. Die Abtötung über die Krankenschwester ergab die Annahme des Antrages Stammer, der besagt, daß die Krankenschwester von der Gemeinde angestellt wird und die Steuerzahler zu einer Kopfsteuer herangezogen werden, und zwar durch eine gleichmäßige Belastung.

**Hamburg.** Eine Habenmutter. Vor dem Schöffengericht wurde vor einiger Zeit gegen die Frau Ernestine Wilhelmine Hinck Anklage erhoben wegen der Beschuldigung, im Jahre 1908 ihre beiden Stiefkinder, Knaben im Alter von acht und zehn Jahren, mit Feuerhaken und anderen Instrumenten in barbarischer Weise mißhandelt zu haben, so daß sie mehrfach Verletzungen davon getragen haben sollen. Durch das Wehklagen der Knaben und andere Umstände wurden Nachbarn auf die Behandlung der Kinder aufmerksam; sie erklärten Anzeige und nach vorgenommener ärztlicher Untersuchung wurden die Kinder dem Waisenhaus übergeben. Von den erwachsenen Personen hat niemand etwas von den Mißhandlungen wahrgenommen und, da das Schöffengericht den beiden Knaben keinen Glauben schenkte, wurde die Angeklagte freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, die nun vor dem Landgericht Hamburg zur Verhandlung gelangt. Nach der neuen Verhandlung sah der Staatsanwalt die Angeklagte der rohen Mißhandlung der beiden Stiefkinder als überführt an und beantragte unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils vier Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte in Rücksicht auf die bewiesene Reue auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.

**Hamburg.** Eine bestialische Brutalität verübte Dienstag nacht der in der Feldstraße 9 in Hamburg wohnhafte Arbeiter Müller. Er war mit seiner Frau in Streit geraten und ließ sich in seiner Wut hinreißen, dieselbe aus dem Fenster der in der ersten Etage befindlichen Wohnung zu werfen. Die Frau wurde auf dem Straßensplaster schwer verletzt und blutüberströmt aufgefunden und sofort nach dem Krankenhaus gebracht, der Ehe-mann verhaftet.

**Neumünster.** Die Antwort auf die Polizeischlacht. Dienstag abend 6 Uhr fanden in Neumünster zwei riesige Protestversammlungen statt, die sich mit dem brutalen Vorgehen der Polizei am Wahlrechtssonntag beschäftigten. Die Versammlungen waren von 3500 Personen besucht. In den Versammlungen herrschte eine ungeheure Empörung über das Vorgehen der Polizei. Es wurde festgestellt, daß der Polizeikommissar G u t s m a n n, der die Polizeibeamten kommandierte, der erste gewesen sei, der mit der Waffe geschlagen habe. Ferner wurde festgestellt, daß der Leiter des Polizeiwesens, Stadtrat M i s s e n, von seinem Balken aus der Demonstration zugeschaut habe, sich aber zurückzog, als das Dreinhalten der Beamten begann; jedoch nicht, um das Gemisch zu verhindern, sondern, um nicht Zuschauer zu sein. Die Versammlungen nahmen scharfe Resolutionen gegen die Polizei an, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Polizei der Stadt Neumünster nicht beanspruchen könne, als Schutz und Schirm für die Einwohner der Stadt zu gelten; sowohl die Leitung als auch die Beamten hätten sich unfähig erwiesen, die nötige Ruhe und Gemessenheit zu wahren. Die Versammlungsbefucher sprachen der Polizei ihre grenzenlose Verachtung aus und fordern insbesondere die Befreiung der Beamten, die sich gegen friedliche Bürger wie russische Kosaken benommen haben. Zum Schluß heißt es in der Resolution:

„Daß keine Polizeizeit — und sei sie noch so grausam — die Arbeiter verhindern werde, das Recht der Strafe für sich in Anspruch zu nehmen. Nun erit recht müsse die Parole sein: Nieder mit dem Dreiklassen-Wahlrecht!“

Leider ist es nach den Versammlungen wieder zu blutiger Zusammenstöße gekommen. Die Versammlungsführer hatten die Besucher aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen, was auch befolgt wurde. Vor dem Rathause hatten sich jedoch halbwüchtige Burschen angesammelt, die dort Skandal machten. Als der Kommissar G u t s m a n n aus dem Rathause trat, wurde er mit Steinen und Kaffeeflaschen beworfen. Gleichzeitig fiel ein Schuß, von dem nicht festgesetzt ist, woher er kam. Jetzt kürzten die Polizeibeamten aus dem Rathause und vertrieben die Menge vom Großflecken (Rathausplatz) mit blauer Waffe in eine der nächsten Straßen. Dabei wurde der dreizehnwanzigjährige Arbeiter Ahrens an einem Arm so schwer verletzt, daß nach ärztlicher Angabe der Arm womöglich amputiert werden muß. Ein Polizist wurde durch einen Steinwurf verletzt. Nach 9 Uhr rückte eine Kompanie des Infanterieregimentes mit aufgestellten Bajonetten an. Nach dreimaliger Aufforderung und Trommelwirbel, den Platz zu räumen, verteilte sich das Militär in Gruppen in die am Platze liegenden Straßen, um für Ruhe zu sorgen. Zwischenfälle kamen jedoch nicht mehr vor.

**Kiel.** Kollision zweier Kreuzer. Gestern morgen um 10 Uhr ist in der Kieler Bucht ein Zusammenstoß zwischen den beiden kleinen Kreuzern „Königsberg“ und „Dresden“ erfolgt. Die Kreuzer waren damit beschäftigt, während der Fahrt Minen zu legen, als auf dem „Königsberg“ plötzlich der Ruderapparat versagte. Der Kreuzer „Königsberg“ nahm infolgedessen die Richtung auf den Kreuzer „Dresden“. Trotzdem die Maschinen auf rückwärts gestellt wurden, war der Zusammenstoß nicht mehr zu vermeiden. Der „Dresden“ wurde an Bordbordstelle ziemlich schwer getroffen. Es entstand ein Leck, das wohl eine mehrwöchige Reparatur erfordern wird. Nachdem auf dem „Dresden“ sofort das Kommando „Schotten dicht“ ausgeführt worden war, wurde das Minenmanöver fortgesetzt. Nachmittags 4 Uhr lief der Kreuzer in die Kaiserliche Werft, wohin der Kreuzer „Königsberg“ bald folgte. Personen wurden nicht verletzt.

**Schleswig.** Hermann Seiberg, ein bekannter Romanhistoriker, ist am Mittwoch hier gestorben. Gehört



am 17. November 1840 in Schleswig, besuchte er das Gymnasium daselbst, erlernte den Buchhandel und übernahm 1869 einen von seinem Vater gegründeten Verlag, den er 1870 verkaufte, um nach Berlin überzusiedeln. Hier war er Geschäftsführer großer Zeitungen, trat in die Redaktion der Preussischen Post, stellte dann aber seine Erfahrungen in den Dienst von Eisenbahn- und Tramway-Unternehmungen. Nachdem er sich vom geschäftlichen Leben ganz zurückgezogen hatte, widmete er sich seit 1880 ausschließlich der Schriftstellerarbeit. Sein erstes Werk waren „Mäanderleben mit der Herzogin von Seeland“, die 1881 in Hamburg erschienen. Im ganzen hat er 70 größere Werke herausgegeben.

**Wittrow. Mord?** Seit dem 6. Februar ist der 25 Jahre alte Diener Otto Parle aus Gremmelin i. M., zuletzt in Schönfeld bei Wittrow spurlos verschwunden. Da durch die Umstände seines Verschwindens der Verdacht eines an ihm begangenen Mordes begründet erscheint, hat die Staatsanwaltschaft zu Wittrow umfangreiche Nachforschungen eingeleitet. Für die Ermittlung des Aufenthalts des J. sind 50 Mk. Belohnung ausgesetzt. Der Verschwundene trägt zuletzt Dienerkleider.

**Kofock.** Einbruch in eine Navigationschule. In der Nacht vom 13. zum 14. d. Mts. sind zwei Männer in die Navigationschule zu Wustrow i. M. eingebrochen und haben dort eine Anzahl Chronometer und Sextanten entwendet. Beide Einbrecher sind am Montag abend, kurz nach 9 Uhr, von Kofock aus in der Richtung Lübeck-Hamburg abgefahren.

**Bremen.** Ein Beispiel von fast unglaublicher sittlicher Verrohung von Schulknaben ist am letzten Sonntag nachmittag hier geliefert worden. Ein 11jähriges Mädchen kam mit seinem 12jährigen Bruder gegen 5 Uhr nachmittags vom Krankenhaus, in dem seit einem halben Jahre die Mutter der Kinder daniederliegt. Möglich wurden beide auf dem Nachhausewege von sechs noch schulpflichtigen Knaben überfallen, nach einem nahen Spielplatz geschleppt, wo in der Kessenschuhbude vier der jugendlichen Wüßlinge nacheinander das Mädchen vergewaltigten, während die zwei übrigen das Kind festhielten und am Schreien verhinderten. Ein Schuhmann vermochte die sämtlichen jugendlichen Unholde noch zu ermitteln.

## Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 16. Februar.

Weizen, 116-128 Pfd. holl. 185-210 Mk. Roggen 112-122 Pfd., neuer holl. 135-160, Gerste, nach Qualität 135-150 Mk. Hafer, nach Qualität, alter 135-160 Mk. hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

b. Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein  
Butter-Auktion des ostholsteinischen Metereivereins.  
Hamburg, 10. Februar.

1. Klasse 242 Drittel zu 133 64 Mk. im Durchschnitt.  
2. „ 21 „ 129 81 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löblich, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwabe & Co. in Lübeck.

# Inventur-Ausverkauf.

Weisse Bezüge . . . . . 3.25 Mk. Gestr. Satin-Bezüge . . . 3.50 Mk Damast-Bezüge . . . . . 3.75 Mk.	Betttücher ohne Naht 1.75 Mk Kissenbezüge 1.50 1.25 Mk. 95 Pfg.	Tischtücher Servietten Handtücher } einzelne Stücke für die Hälfte.	Baumwollene Hauskleider 6 Meter 2.95 Mk.
Ein Posten Damen-Wäsche einzelne Stücke — oder im Fenster etwas angestaubt — teils für die Hälfte.	Tuch-Unterröcke ganz bedeutend im Preise ermäßigt. Sommer-Unterröcke.	:: Schürzen :: mit angesetzten Trägern jetzt 95 Pfg.	Ein Posten Oberhemden sonst bis 5.00 Mk. jetzt 2.50 Mk.
Ein Posten Damenhemden Damenhosen Röcke, Schürzen Tischtücher } 95 Pfg.	Gardinen, ein großer Posten einzelner Fenster, für jeden annehmbaren Preis.	== Bettstellen == für Erwachsene und Kinder. Betten bedeutend billiger.	Herren-Kragen 4fach . . . 3 Stück 85 Pf. Manschetten . . . . . Paar 45 Pf. Krawatten sonst bis 3.00 Mk. jetzt 45 Pf.

Rote Rabattmarken.

Günstige Gelegenheit für Braut-Ausstattungen und zur Konfirmation.

**Gebrüder Hefti, Lübeck,** Untertrave 111-112, bei der Holstenstraße.

== Komitee- und ==  
Kommissionssitzungen

**B. C.**

Heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr:  
Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Deutscher  
**Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 14. d. M. starb unser Mit-  
glied der Schlosser

**Friedrich Lankhof.**

Wir werden demselben ein ehrendes  
Andenken bewahren.

Kollegen, welche an der Beerdi-  
gung teilnehmen wollen, werden er-  
sucht, sich am Freitag, dem 18. d.,  
mittags 1 1/4 Uhr, bei der Hansa-  
Halle einzufinden.

Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme u. reichen Kranzspenden  
bei der Beerdigung unserer lieben  
Mutter, insbesondere Herrn Pastor  
Evers für die trostreichen Worte am  
Sarge sagen wir mit unsern besten  
Danf.

Familie Prien.

Frdl. 2-Stübchenwohnung zum  
1. April ev. früh. fortzugsfähig  
zu verm. Segebergstr. 24, III.

Zum 1. April eine H. Hofwohn.  
zu vermieten. Deponau 21, II.

Zum 1. April eine 3-Zimmer-  
wohnung zu vermieten.  
Belkerstr. 11, I.

Zwei saubere Maskenanzüge  
zu vermieten.  
Ravenstufsch 114.

Umständehalber zu sof. od. 1. April  
eine große geräumige 3-Zimmer-  
wohnung Mitte der Stadt z. verm.  
Näheres Sadowastr. 29, I.

**Saunmädchen gesucht**  
für 3 Stunden am Tage  
Friedrich Becker, Geirichstraße.  
Mittagsessen und ein großer  
Kaffee billig zu verkaufen  
Hartengrube 46.

**Rechnungs-Formulare**  
Kaufmannsdruckerei des H. H. H.

Die Arbeiter-Garderoben  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** Kahlm.  
Markt 4 **10**  
sind vorteilhaft bekannt durch  
gute Verarbeitung u. sehr billige  
Preise. U. a.:

Lederhosen . . .	2.20-6.45
Maurerhosen . . .	2.60-6.75
Schlofferhosen . . .	1.88-5.25
Überziehhosen . . .	1.08-2.85
Zwirn-Hosen . . .	1.68-3.25

Leinene Jacken, schräge u. gerade,  
1.28, Rajen, Semden, Schlachter-  
jacken, Friseurjacken, Malerärmel  
erstklassig billig. Mägen von 30  
Pfg. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

**E. Boy, König-**  
str. 61. F. 1811.  
Marktth.-St. 46.  
Freitag früh eintreffend: Seefachs  
Pfd. 20 Pfg., Schellfische 35 Pfg.,  
Rotzungen Pfd. 50 Pfg., Hamburg.  
Stint 10 Pfg., ausgefuchte Stint  
Pfd. 15 Pfg.

Deutscher  
**Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Lübeck.

**Versammlung  
der Bauflempner**  
Montag, 21. Febr.,  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Es ist notwendig, daß alle Kollegen  
erscheinen.

Der Branchenleiter.  
**Gejangsverein „Amicitia“,**  
Secrecy.

**Großer Maskenball**  
am Sonntag, dem 20. Febr.  
im Lokale des Herrn E. Cordts.  
Anfang des Balls 6 Uhr.  
Maskenzug 8 Uhr.  
Demastierung 10 Uhr.  
Herrenkarte 1.20 Mk., eine Dame frei.  
Einzeln Dame 50 Pfg.  
Maskierte Herren 80 Pfg.  
Maskierte Damen 40 Pfg.  
Hierzu sind die umliegenden Bundes-  
vereine und Freunde höflich ein-  
geladen.  
Das Fest-Komitee.  
NB. Maskengarderoben sind im  
Lokal zu haben.

Einem geehrten Publikum von  
**Schönberg i. M.**  
mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich  
**Siemzerstraße 202**  
mit dem heutigen Tage ein  
**Zigarren-Zweiggeschäft**  
eröffnet habe.  
Ich bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.  
Hochachtung  
**Hans Sterly, Zigarren-Versandhaus Hansa.**  
Lübeck, Mühlenstr. 19. Schönberg i. M., Siemzerstr. 202.

**Knorr's**  
**Hahn-Maccaroni**  
unübertroffen!

**Knorr's**  
**Suppen**  
fix und fertig - 3 Teller 10 Pfg.

Jedes  
Paket  
enthält 1 Gutschein.

Jeder  
Umschlag  
gilt als Gutschein.

**Achtung Bauarbeiter!**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Freitag, dem 18. Februar,  
abends 8 Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Bericht vom Verbandstag.

Der Vorstand.  
NB. Jeder Kollege muß es sich zur Pflicht machen, in dieser Versamm-  
lung zu erscheinen. D. D.

**BALL**  
der  
freiw. Feuerwehr Stockelsdorf  
am Sonntag, dem 20. d. M.,  
im Lokale des Kameraden H. Dose.  
Anf. 7 Uhr. Hierzu laden freundl.  
ein. H. Dose. Der Vorstand.

**Central-Biograph**  
Mühlenstr., Ecke Königstr.

bringt heute wiederum ein  
tadelloses Programm.

**Stadthallen-theater.**  
Freitag, 18. Febr. Abds. 8 Uhr.  
**Im weissen Rössl.**  
Lustspiel von Blumenthal.  
Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14 und  
Roh, Kohlmarkt 18.

**Neues Stadttheater.**  
Freitag, 18. Febr. 7 1/2 Uhr.  
Voll-Ab. 188. Freitag-Ab. 21.  
**Der Barbier von Sevilla.**  
Oper von Rossini.  
Hierauf: Vision nach dem Ball.  
Ballett-Pantomime.  
Sonntag, 19. Febr. 7 1/2 Uhr.  
**Das Konzert.**  
Lustspiel von Hermann Bahr.  
Sonntag, 20. Febr. Nachm. 3 Uhr.  
4 Volk-Vorfr. Jeder Platz 50 Pf.  
**Die Ehre.**  
Schauspiel von G. Sudermann.  
Vorverkauf morgen Freitag und  
Sonntag abends 8-9 Uhr abends an  
der Theaterkasse.  
Alle Plätze werden ausgetost.



## Rückgang des Fleischkonsums.

A. C. Wie zu befürchten war, hat die erneute Steigerung der Fleischpreise im Jahre 1909 ihre Wirkung auf den Konsum nicht verfehlt: nachdem sich der Fleischkonsum in den beiden Jahren 1907 und 1908 von den Folgen der Teuerungsjahre 1905 und 1906 erholt hatte, ist im Jahre 1909 von neuem eine allerdings geringe Abnahme eingetreten. Die absolute Menge hat wohl eine geringe Zunahme gegen 1908 aufzuweisen, die aber in gar keinem Verhältnis zu dem Wachstum der Bevölkerung steht, so daß die auf den Kopf entfallende Fleischmenge geringer ist als im Jahre 1908. Verfolgen wir die Bewegung des Fleischkonsums auf Grund der Statistik der Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Deutschen Reich seit 1908, in welchem Jahre zum erstenmal der Jahreskonsum erfasst werden konnte, rechnen auf Grund von Durchschnittsgewichten die Stückzahl der gewerblich geschlachteten Tiere in Fleischgewicht um und reduzieren den Konsum auf den Kopf der Bevölkerung unter Berücksichtigung des monatlichen Bevölkerungszuwachses, so erhalten wir folgendes Bild. Der Fleischverbrauch betrug im Jahre:

	Menge in Tonnen	Pro Kopf Kg.
1905	2 299 494	37,95
1906	2 259 342	36,91
1907	2 457 278	39,63
1908	2 528 619	40,41
1909	2 561 788	40,20

Es ist schon an und für sich kein gutes Zeichen, wenn der Fleischkonsum nicht der Bevölkerungszunahme entsprechend zunimmt. Ungünstig aber ist die Entwicklung, wenn eine direkte Abnahme eintritt wie im Jahre 1909. Was aber noch ganz besonders unerfreulich an der Entwicklung im Jahre 1909 ist, ist der Umstand, daß die Abnahme ausschließlich auf die Gestalt der Schweinefleischkonsums zurückzuführen ist, der außerordentlich scharf sank. Allmählich hat Schweinefleisch infolge der empfindlichen Preissteigerung auch in den minderbemittelten Haushaltungen dem Verbrauch anderer Fleischsorten weichen müssen, aber immerhin spielt es doch noch eine sehr wichtige Rolle im Haushalt der arbeitenden Bevölkerung. Nun sind aber im Jahre 1909 an inländischem Schweinefleisch ohne Berücksichtigung der Hauschlachtungen nur 1 242 462 Kilogramm konsumiert worden gegen 1 318 675 Kilogramm im Jahre 1908. Aus dem Ausland wurde zwar etwas mehr bezogen, aber unsere Fleischzufuhr ist infolge der Zölle an und für sich nicht erheblich. Der Konsum an Schweinefleisch, sowohl inländischem als ausländischem, belief sich im Jahre 1909 auf 1 254 529 Tonnen, während er 1908 1 324 667 Tonnen betragen hatte. Infolge des Bevölkerungszuwachses ging der Konsum aber auch von 1907 auf 1908 zurück, so daß sich für die letzten drei Jahre ein fortlaufender Rückgang ergibt. Es ist nun bemerkenswert, wie in der gleichen Zeit der Rindfleischkonsum andauernd zugenommen hat. Stellen wir nämlich den Konsum an Rind- resp. Schweinefleisch pro Kopf einander gegenüber, so ergibt sich für die letzten drei Jahre folgendes Bild. Es wurde konsumiert in Kilogramm:

	Rindfleisch	Schweinefleisch
1907	14,68	21,23
1908	15,39	21,09
1909	16,31	19,69

Während also im Jahre 1907 auf den Kopf noch 6,55 Kilogramm mehr Schweinefleisch als Rindfleisch kamen, ist ersteres 1909 nur noch um 3,38 Kilogramm letzterem voraus. Die gleiche Entwicklung wie der Rindfleischkonsum zeigt auch der Kalb- und Hammelfleischkonsum. An Kalbfleisch wurden nämlich im Jahre 1907 erst 175 149 Tonnen, 1908 189 846 und 1909 endlich 205 471 Tonnen konsumiert. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen 1907 2,81, 1908 3,02 und 1909 3,23 Kilogramm. Bei Hammelfleisch ist die Gestalt ganz genau so: das Jahr 1907 brachte einen Konsum von 48 364 Tonnen resp. 0,78 Kilogramm, 1908 einen solchen von 50 414 Tonnen oder 0,80 Kilogramm und im Jahre 1909 betrug er 54 760 Tonnen oder 0,86 Kilogramm. Der Verbrauch von Geflügel hat sich in den letzten Jahren wenig verändert, er betrug seit 1905 mit Ausnahme von 1907 von Jahr zu Jahr immer 0,11 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Im Jahre 1907 betrug er 0,12. Die ungünstige Entwicklung des Schweinefleischkonsums ist ausschließlich durch die Gestalt der Verhältnisse im zweiten Halbjahr veranlaßt: während das erste Semester noch einen Konsum von 19,55 Kilogramm brachte gegen 19,47 im Vorjahr, ging im zweiten Halbjahr der Konsum von 20,94 Kilogramm auf 20,65 Kilogramm zurück.

## Wahlsieg in Finnland.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Finnland haben die Befürchtungen der Skeptiker glänzend widerlegt. Die Sozialdemokratie hat nicht nur ihre 84 Mandate behauptet, sondern noch 2 neue gewonnen und besitzt, da die Zahl der Abgeordneten sich auf 200 beläuft, fast die Hälfte aller Sitze in der Volksvertretung. Daß dies keine Zufallserscheinung ist, sondern mit der fest begründeten Stellung der Sozialdemokratie im Lande im engen Zusammenhang steht, zeigt die ständige zunehmende Zahl der Mandate, die sich die Sozialdemokratie in den sich infolge der Landtagsauflösungen alljährlich wiederholenden Wahlen gewann. Bei den ersten Wahlen auf Grund des neuen Wahlgesetzes im Jahre 1906 eroberte die Sozialdemokratie im ersten Ansturm 80 Mandate, die Wahlen des Jahres 1908 ergaben 83, des Jahres 1909 84 und die diesjährigen Wahlen 86 Mandate. Das Proportionalwahlsystem, das Finnland besitzt, ermöglicht es eben, daß das unauffällige Anwachsen der sozialistischen Stimmen im Lande in der Zusammensetzung der Volksvertretung wahrheitsgetreu zum Ausdruck gelangt. (Wären die Wahlen auf Grund der einfachen Majoritätswahl vor sich gegangen, so hätte das Proletariat fast alle Sitze im Landtag erobert, ein Zeichen, daß die bürgerlichen Parteien im finnischen Landtag ihre Existenz einem Wahlsystem verdanken, das die bürgerlichen Parteien in fast allen westeuropäischen Staaten auf das wütendste bekämpfen, weil sie dadurch eine Verstärkung der Sozialdemokratie befürchten.)

Der Sieg der Sozialdemokratie gewinnt dadurch noch eine größere Bedeutung, daß die Suomalainen — die Altfinnen — diesmal weitere 6 Sitze verloren haben. In drei Jahren ist diese rückgratlose Regierungspartei von 59 auf 42 Mandate heruntergekommen! Außerdem haben die christlichen Arbeiter, die im vorigen Landtag 2 Vertreter besaßen, einen Sitz eingebüßt, ein Zeichen, daß für die konfessionelle Verhegung der Arbeiter in Finnland kein Raum ist. Neben der Sozialdemokratie hat der Bund der Kleinbauern drei, und die Schwedische Volkspartei einen Sitz gewonnen. Im großen und ganzen be-

deuten die Wahlen eine deutliche Abgabe an die Petersburger Gewaltpolitiker. Die überwältigende Mehrheit des finnischen Volkes ist nicht gewillt, den Unterdrückungsplänen der russischen Expansionspolitiker Konzessionen zu machen, und drückt durch ihr Votum den unzweideutigen Willen aus, ihre verfassungsmäßigen Rechte mit derselben Energie wie bisher zu verteidigen.

In Anbetracht der politischen Lage ist es wenig wahrscheinlich, daß das finnische Proletariat von der erten Volksvertretung wichtige innere Reformarbeit erwarten könnte, da einschneidende demokratische Reformen durch das Veto des Jares unmöglich gemacht werden.

Grundlegende politische Fragen müssen diesmal zur Entscheidung kommen. Die Zahlung der Militärkontribution wird schon gleich zu Anfang die Volksvertretung beschäftigen. Die Sozialdemokratie muß hier alles aufbieten, um die bürgerlichen Parteien anzutreiben, an den Rechten des Volkes festzuhalten. Neben der Geldfrage ist die Frage der Dienstpflicht finnischer Rekruten in Rußland von größter Tragweite. Diese Gewaltmaßregel beantwortete das finnische Volk noch vor einigen Jahren durch einen allgemeinen Widerstand, bis die Verfügung endlich aufgehoben wurde. Jetzt wollen die russischen Gewaltpolitiker wieder mit derselben Provokation hervortreten.

Es sind im großen und ganzen schwere Aufgaben, die vor unseren Genossen im neuen Landtag entstehen. Der Kampf gilt nicht nur den Petersburger Machthabern, die die kulturelle Entwicklung des finnischen Volkes aufhalten und die Art an die Wurzeln seiner Existenz legen wollen, sondern auch den Einerseitsanderseitspolitikern im eigenen Lande und den bürgerlichen Scharmachern, die insgeheim die russische Okkupation herbeiführen. Möge die Unterstützung der russischen Arbeiterklasse, die Sympathie der gesamten sozialistischen Internationale unsere finnischen Genossen zur zähen Ausdauer im Kampfe gegen den Zartismus ermutigen.

## Aus der Partei.

Wer stachelt die Bevölkerung auf? Da behauptet worden war, die Wahrscheinlichkeiten seien schon deshalb fraglich, weil sie nicht vorher bei der Behörde förmlich angemeldet würden, wurde in Breslau vom Genossen Neukirch zum Sonntag, 20. Februar ein Wahlrechts-Umzug angemeldet. Natürlich verbot der Polizeipräsident den Umzug in folgendem, die Breslauer Parteileitung grob beleidigenden Bescheid:

Durch die Art ihrer Agitation antäglich der Wahlrechtsbewegung und der Wahlrechtsvorlage hat die sozialdemokratische Parteileitung ihren einen erheblichen Teil der Bevölkerung der Stadt bilden den Anhang auf das äußerste verhetzt und aufgefächert und in den ihren Bestrebungen fernstehenden Kreisen der Einwohnerschaft schweren Ärger und Erbitterung wachgerufen.

Bei solch tiefgehender Agitation und Erbitterung in den breitesten Schichten der Bevölkerung wäre zu befürchten, daß der für Sonntag, den 20. d. M., mittags 1 Uhr, von sozialdemokratischer Seite in Aussicht genommene öffentliche Wahlrechtsaufzug, zumal er bei dem Massenauflauf und dem dabei zu erwartenden großen Zulauf aus gesinnungsverwandten Kreisen für geraume Zeit Handel und Wandel und den öffentlichen Verkehr in einem weiten Gebiete der Stadt empfindlich stören und schädigen müßte, zu Reibungen, zu Zusammenstößen und zu großen Ausschreitungen Anlaß geben, also die öffentliche Sicherheit erheblich gefährden würde.

## Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.  
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(16. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Die, welche sich am besten gehalten hatte, war Sophie Falk-Olsen. Ihr Fuß, ihre Handschuhe, ihr Haar, sahen glatt und unberührt, als käme sie gerade vom Toiletteisch; und das verbindliche, wohlherzogene Lächeln war nicht von ihrem Gesicht gewichen. Und dennoch war sie mit dem Abend nicht zufrieden. Delphin hatte sich gar nicht genähert, Alfred Bennetzen war unaussprechlich und Jonas Hjorth schenkelig. Endlich ward man fertig mit dem Abschiednehmen und die letzten Wagen rollten davon. Der Großhändler zündete sich eine Zigarre an und streckte sich in einen Lehnstuhl. Frau Falk-Olsen aber löste ihr Korsett und machte sich an einige Aberglaube vom Dörfert, indem sie sich darauf schwor, daß sie hungrig sei wie ein Wolf.

Sophie legte ihre Kleider sorgfältig ab und schalt dabei Luise thätig aus, die sich in den Schlaf schluderte. Hjorth ward von Bennetzen nach seiner Wohnung begleitet, wo sie noch bei einer Plätsche Punsch ein Stündchen zusammen saßen. Sie waren in einer feierlichen, gelächerten Stimmung und gelobten sich unter Tränen, daß ihre Freundschaft ewig währen sollte; nicht einmal ihre gemeinamen Liebe zu Sophie sollte imtande sein, sie zu trennen. Dann fiel das Gespräch auf die Kindtaufe, worüber sie heftig stritten, bis sie sich gegen Morgen trennten.

Von den Hügeln herab, den Südwesten fest unter dem Kinn zusammengebunden — denn es wehte ein Sturm — schritt der Lotten-Ältermann Seehus, sein Lieblingslied

Sophie, lieb' Schätzchen mein,  
kann nicht mehr bei Dir sein —

vor sich hinstummend, an einem der letzten Tage des November auf Mädels Wohnung zu.

Es war ein Brief von Andreas gekommen, und der Ältermann wußte, wie ungeduldig Mädels Nachricht über die „Sache“ erwartete.

Unten auf der Ebene lagen die niedrigen Gebäude von Mädels Hofe in der Mitte der von ihm selbst unbar gemachten Felder und draußen im Sande sah er den halbfertigen

Graben. Es kamen gerade ein paar Karren mit Tang vom Strande her.

„Er wußte wohl, was er tat, der Sören Börwig, als er Mädels dazu kriegte, beim König anzufuchen,“ murmelte der Ältermann.

Der Sturm fuhr aus Südwest über den niedrigen Strand hin: es war ein schwerer Herbststurm und es begann schon am frühen Nachmittag zu dunkeln.

Der Ältermann stand still und sah mit einem Seemannsblick auf das Meer hinaus, ehe er vom letzten Hügel herabstieg. Gegen Süden ward die Sandebene von nackten Klippen begrenzt, die in mehreren Spizen in die See ausliefen; hier brachen sich die Wellen und wurden von Zeit zu Zeit in die Höhe geschleudert, so daß sie Sekunden lang wie eine weiße Säule gegen den bleigrauen Hintergrund standen, um dann in einem Schleier von Schaum über die Steine herabzufallen.

Gegen Norden konnte er in einer langen Krümmung den Schaumstreifen der Brandung verfolgen; er war so breit, daß nach des Lotten-Ältermanns Berechnung die Brandung bei einer Wasserhöhe von zehn Faden beginnen mußte. Gerade gegen Norden konnte er über die schäumenden Wellen hinweg in Zwischenträumen das Blinken des Bratvolder Leuchtturmes unterscheiden, der eben angezündet worden war.

Kein Segel war zu sehen. Die dunkelgrauen, zerrissenen Wolken schoben sich ineinander, ohne ihren Platz zu verlassen — eine schwere, hartnäckige Sturmfront. Von der See her kam ein fortwährendes Getöse, ein tiefer, rollender Ton, bald stärker, bald schwächer, und dazwischen erschollen dumpfe Schläge wie weit entfernter Kanonendonner. Der Wind peitschte das Heidekraut und pfliff in den Telegraphenbräthen längs der Landstraße, und die Seemöven warfen sich mit ausgepannten Flügeln in schrägen Abflügen dem Sturm entgegen.

Als der Ältermann von der Börwiger Gemarkung zum Schwarzmoor kam, verging ihm das Singen und er murmelte etwas vor sich hin, das von Verwünschung nicht weit entfernt war.

Große runde Steine lagen mitten im Wege; das vom Hügel kommende Regenwasser hatte quer hinüber eine tiefe Rinne voll kleiner Steine gebildet.

Am Ende war's noch am besten, an diesen Andreas zu schreiben, der so ungeheurer Flug sein soll“, brummte der Ältermann; diese Wegestrecke war nahe daran, ihn ins Grab zu legen.

Mädels saß mitten im Felde rittlings auf einem großen Stein, in den er ein Loch zu hauen bemüht war. Mit kräftigen, taktfesten Schlägen trieb er den Meißel, den er mit der linken Hand mit einem wolkigen Lappen umwickelt festhielt, ein. Von Zeit zu Zeit zog er den Meißel heraus und träufelte Wasser aus einer alten Blechdose — die auf einer Landtour von einer aus der Stadt kommenden Gesellschaft hier zurückgelassen war — ins Loch.

Sein rotes, lockiges Haar flatterte wie unzählige Storkzieher nach allen Richtungen hin im Winde und er war so eifrig mit seiner Arbeit beschäftigt, daß der Ältermann ganz nahe an ihn herantreten mußte, ehe Mädels ihn bemerkte.

„Guten Tag — Ältermann!“ sagte er, zog den Meißel heraus und nahm den Meißelstock, um zu sehen, wie tief er gekommen sei. Als er aber hörte, daß ein Brief von Andreas da sei, ließ er alles liegen und schlang sich vom Steine herab.

Sie gingen hinein und zündeten Licht an. Es war wenig einladend in der Stube. Das Bett war nicht aufgemacht und der Fußboden fast schwarz. Mädels setzte sich dicht zum Ältermann hin und beobachtete ihn genau. Mädels war mager geworden und seine Hände bewegten sich unruhig hin und her.

Der Ältermann hätte wohl etwas schneller zu Werke gehen können; aber es ist so eine eigene Sache mit dem Brieflesen. Die Brille mußte ordentlich gepußt, das Kuvert besesehen und dann an der oberen Kante sauber aufgeschnitten werden. Es war ein großes mikroskopisches Kuvert von grauem Papier und mit Lack versiegelt.

„Hochgeehrter Herr Lotten-Ältermann Laurig Seehus!“

„Bittersüß!“ murmelte der Ältermann.  
„Es wird hierdurch der Empfang zweier Schreiben beziehungsweise vom 1. September und 20. Oktober d. J. bescheinigt. Da Sie im Besitz einer Vollmacht meines Bruders für gewisse Verhältnisse zu sein scheinen, werde ich mich hiermit an Sie mit der Bitte, meinem obengenannten Bruder den Inhalt des gegenwärtigen Schreibens mitteilen zu wollen. Es scheint aus Ihrem erwählten Schreiben vom 20. Oktober hervorzugehen, daß mein Bruder Sie wenig gegründete Anschauung genährt habe, daß seine Streitfrage mit dem Hofbesitzer Sören Börwig bezüglich eines Langstrandwegerevitus schon zur unmittelbaren Entscheidung vorgenommen sei. So liegt die Sache in dessen nicht. Vermöge der Geschäftsordnung haben



Diese Besorgnis wird noch durch die Erfahrung gerechtfertigt, daß sich die Teilnehmer an sozialdemokratischen öffentlichen Straßenaufmärschen und Ansammlungen so wohl hier, beispielsweise auch am letzten Sonntag, wie auch anderwärts verheerend verheerend ausbreiteten, wodurch gemacht und dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet haben.

Demnach muß die von Ihnen nachgesuchte polizeiliche Erlaubnis zur Veranstaltung eines öffentlichen Wahlrechtsaufmärsches am Sonntag, 20. d. M., auf Grund des § 7 des Reichsverfassungsgesetzes versagt werden.

Es dürfte mangellos bekannt sein, daß gerade in Breslau die Verbeugung und Aufstachelung eines erheblichen Teiles der Bevölkerung durch gewisse Polizeistatuten herbeigeführt wurde. Der Polizeipräsident hätte dabei alle Mächte, die Verfügungen nicht noch zu beschwächen. Die „Volksmacht“ bemerkt zu dem Verbot: Die Gründe des Polizeipräsidenten sind natürlich geradezu lächerlich. „Sandal und Wandel“ soll gestört werden — dabei ist um 1 Uhr Ladenschluß, und dann sollte der Zug erst beginnen. Von den „aufgehobenen“ Massen seien Ausschreitungen zu erwarten. Dabei haben wir uns ausdrücklich verpflichtet, durch 500 Ordner für Ruhe zu sorgen, und wenn sich die Massen nicht einmal durch die Polizeiausbreitungen am 6. Februar zu Unvorsichtigkeiten hinreißen ließen, dann wird es bei einem ordnungsmäßig geleiteten Zuge erst recht nicht geschehen. Oder fürchtet der Polizeipräsident, daß die Patrioten über unseren Zug herfallen? Er behauptet allerdings, am 6. Februar seien Ausschreitungen vorgekommen. Er mag bei dem unparteiischen Rechtsanwalt Almer nachlesen, was er am 6. Februar die Gesetze verteidigt und Ausschreitungen verübt hat. Es waren keine Beamten! Die Breslauer Sozialdemokratie wird sich auch bei dieser Verletzung nicht beruhigen. Sie bedauert sie im Interesse beider Teile, da sich bei einem entgegenkommenden Verhalten mancherlei Unzuträglichkeiten hätten vermeiden lassen. Nun wird der Alarmzustand ein dauernder bleiben!

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin den 16. Februar 1910.

37. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Ein schleuniger Antrag Blatz und Gen. (FvP.) auf Einstellung eines Verfahrens gegen den Abg. Spethmann (FvP.) für die Dauer der Session wird debattelos angenommen.

### Das Arbeitskammergesetz.

Dr. Will (Z.): Die Kommission wünschte auch eine Ständevertretung der kaufmännischen und technischen Angestellten. Sie wünschte ferner, daß die Errichtung der Arbeitskammern vom Bundesrat, nicht von der Landeszentralbehörde, anzuordnen sei. Diesen Wünschen ist im Entwurf nicht Rechnung getragen. Die Kommission wollte auch das aktive Wahlrecht mit dem 21., das passive mit dem 25. Lebensjahr verteilen. Der Entwurf setzt aber das Alter wieder auf das 25. resp. 30. Lebensjahr hinauf. Auf der Wahlbarkeit der Arbeitersekretäre müssen die Arbeiter bestehen. Diese umsomehr, als die Unternehmer in der Lage sind, ihre Betriebsleiter in die Kammern zu bringen. Weichen die Arbeitersekretäre ausgeschlossen, so können die Kammern ihren Zweck, Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen, nicht erfüllen. Der Widerstand des Zentralverbandes der Industriellen darf für uns nicht maßgebend sein. Einer Kommissionsberatung werden wir uns nicht widersetzen. (Bravo! im Zentr.)

v. Winterfeld-Mentini (R.): Die Arbeitersekretäre können nicht zu den Arbeitskammern zugelassen werden, weil sie bezahlte Angestellte der Arbeiter sind. (Bravo! rechts.)

Horn (M.): Wir wünschen sorgfältige Prüfung der Bedürfnisfrage, damit die Arbeitskammern nicht wie Wilge aus der Erde schießen. Die Errichtung sollte dem Bundesrat unterstellt werden, wie die Kommission es wünschte. Bedauerlich ist der Ausschluss der technischen Angestellten. Die Angestellten der Arbeiterorganisationen können nicht ständige Mitglieder der Arbeitskammern sein. Wo es nötig ist, kann ihr Rat jederzeit eingeholt werden.

Wir die gedachte Angelegenheit noch nicht vornehmen können —

Der Votter-Altermann hielt inne mit dem Lesen.

„Dies es noch mal.“ sagte Njadel.

Der Altermann las den Anfang noch einmal. Njadel schüttelte den Kopf. Dann fuhr er aber plötzlich in die Höhe und schlug mit seiner schweren Faust auf den Tisch, daß das Brilfenfutteral des Altermanns hoch in die Luft sprang.

„Nun, nun — Njadel! Laß uns den Brief auslesen. Vielleicht kommt das Beste zum Schluß.“

„Überhaupt unterläßt man nicht, den Herrn Votter-Altermann zu ersuchen, dem oft erwähnten Bruder begreiflich zu machen, daß eine Sache von der Tragweite wie die vorliegende, nicht ohne wesentliche Extrararbeit und ziemlich bedeutende Kosten rasch gefördert werden kann. Es soll inzwischendemerkt werden, daß anzunehmen ist, daß die umgehend eingehende kontante Summe von 200 Kronen von nicht unwesentlicher Bedeutung für die beschlossene Expedition der gedachten Angelegenheit sein würde; wobei ich mich dazu bereit erkläre, die Disposition der Summe ohne vermehrte Ausgabe für die Beteiligten zu übernehmen.“

„Versteht Du das, Altermann?“

„Nein.“ erwiderte Sechus und las noch einmal; plötzlich rief er aus: „Nun hab' ich es! Wir müssen schmeieren!“

„Was denn?“

„Ja, siehst Du, das muß ich verstehen.“ sagte der Altermann verächtlich: „damals, als ich „Der Familie Hoffnung“ für den Konsul Garman auf Sandsgaard führte. sagte der Konsul, wenn Du nach Riga kommst, so mußt Du die Zollbeamten und die Güterbeschauer und die ganze Bande schmieren, so gut Du kannst. Es taugt niemals, an dem Notwendigen zu sparen, sagte der Konsul. Und so ging mancher Kadel und manche Flaide Goldwasser dahin, wie Du Dir denken kannst! Das ist wohl das, was Dein Bruder meint!“

„Glaubst Du, der König ließe sich dafür bezahlen?“

„Der König.“ erwiderte der Altermann mit überlegenem Lachen; „nein, Fremden! Die Schillinge schmelzen wohl, ehe sie so hoch hinauf gelangen. Es ist wohl irgendwo ein feiner Herr da mit goldenen Eagen, der sie haben soll, um zum König hineinzugehen und nach Demen Langstrande zu fragen. In Petersburg sah ich einmal einen solchen, der mit zwei Pferden fuhr und Geschütz von klingendem Silber; und seinen Kadel hatte er, der nicht Trinkgeld war — sagte der Schreiber des Kaisers.“

(Fortsetzung folgt.)

Naumann (FvP.): Ob die Arbeitskammern großen Einfluß auf die Tariffragen gewinnen werden, steht dahin. Die wirklich wirksamen Tarifverträge sind bisher die gewesen, die von den Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen ohne Dazwischenkunft Dritter abgeschlossen worden sind. Allerdings, wo es an fraktionären Organisationen mangelt, also namentlich in der Textilindustrie, können die Arbeitskammern für den Abschluß von Tarifverträgen wichtig werden. — Ein Grund, weshalb wir eine Kommissionsberatung wünschen, ist u. a. die Frage der Einbeziehung der Techniker, Werkmeister usw. Sie ist von größter Bedeutung. (Sehr richtig! links.) Auch die Frage, wie weit das freie Ermessen der Landesbehörden zu gehen hat, bedarf eingehender Kommissionsprüfung. Das Wahlalter muß auf 21 Jahre herabgesetzt werden, wenn die Kammer für die Arbeiterinnen überhaupt eine Bedeutung haben soll. Wir sind grundsätzlich für die Öffentlichkeit der Verhandlungen. Die Mitarbeit der Arbeitersekretäre wäre sehr zweckförderlich. Die Arbeiter selbst können zu leicht entlassen werden, wenn sie einmal etwas Unbequemes sagen und merkt sich dann noch wählen lassen? Höchstens ein allergetreuestes Mitglied einer gewählten Gewerkschaft. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sind etwa die Arbeitersekretäre nicht friedliebend? Wie würde es heute im deutschen Bergbau aussehen, wenn wir nicht die Arbeitersekretäre, die Disziplin und Organisation bei den Arbeitern hätten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man soll nicht sagen, die Arbeitersekretäre seien keine Arbeiter, sie sind ein Bestandteil der Arbeiterkraft! Ich kann den Widerstand der Regierung nicht verstehen. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Vertretung der Techniker durch sachliche Organisation ist nicht angängig, daher müßten sie von diesem Gesetz ausgeschlossen werden. Ob die Errichtung der Kammern den Landesbehörden oder dem Bundesrat übertragen wird, ist eine untergeordnete Frage. Die Eisenbahnarbeiter, sowie die Arbeiter des Meeres und der Marine müßten ausgeschlossen werden, weil es sich bei diesen Truppen nicht um gewerbliche Arbeiter handelt. (Widerpruch b. d. Soz.) Das erste Kriterium für eine erfolgreiche Tätigkeit der Kammern ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich am neutralen Ort unter einem neutralen Vorsitzenden zusammensetzen. Die Verhandlungen müssen unabhängig und an kein Programm gebunden sein. Dieses ist aber bei den Arbeitersekretären nicht der Fall. Sie hindern deshalb eine begünstigende Tätigkeit. Allerdings erkenne ich die Notwendigkeit von Arbeitersekretären an und stehe sogar zu vielen von ihnen in guten und freundschaftlichen Beziehungen. (Seiterkeit b. d. Soz.) An dem Wahlalter müssen wir festhalten, eine gewisse Reife müssen wir verlangen. Wenn Sie das Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindern wollen, so verlassen Sie den paritätischen Boden nicht!

Legien (SD): Die Einwendung der verbündeten Regierungen muß man schon vom Standpunkte des Zentralverbandes der Deutschen Industriellen betrachten! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gegenüber dem vorjährigen Entwurf und den Beschlüssen der Kommission ist es ein starkes Stück, diesen Entwurf einzubringen. Hat etwa die Regierung auf eine Schwächung des Zentrums gerechnet, wie bei der Finanzreform? Nach den Darlegungen des Zentrumsvertreters hätte sie sich allerdings getäuscht. Die ganze Vorlage ist darauf zugeschnitten dem Unternehmertum zu nützen. (Lebh. Zutr. b. d. Soz.) Die Arbeiterkraft hat sich gegen den Willen der Regierung in den letzten 30 Jahren selbst eine Vertretung geschaffen in ihren gewerkschaftlichen Organisationen. Heute können wir auf diese gesetzliche Vertretung verzichten und werden es unter allen Umständen tun, wenn sie nur den Interessen des Unternehmertums dienen soll. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei einer ganzen Reihe von Fragen hat der Herr Staatssekretär den Beweis geliefert, daß ihm nur die Interessen der Unternehmer am Herzen liegen. Hat doch sogar sein Kollege, Herr Endow, Minister für Handel und Gewerbe, im vorigen Jahre die Entdeckung — oder lagen wir lieber — die Entdeckung gemacht, daß die Arbeitgeberverbände keine Kampfesorganisationen seien. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Vielleicht bewegt der Staatssekretär jetzt seinen Kollegen zu einer ähnlichen Erklärung in bezug auf die Gewerkschaften. (Sehr gut! b. d. Soz.) Aber darauf werden wir wohl lange warten können. Als eine kleine Verbesserung ist es anzuerkennen, daß laut § 3 die Arbeitskammern beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken sollen. Gegenüber der allgemeinen Verschlechterung fällt das aber kaum ins Gewicht. Im § 2, wo es heißt, daß die Kammern den Interessen der Arbeitnehmer dienen sollen, hat man die Worte hinzugefügt: „Unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen.“ Wenn man aber bedenkt, daß die Interessen der Unternehmer bereits in Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Berufsvereinigungen usw. vertreten sind, so konnte man der Meinung sein, daß bei dieser neuen Einrichtung die Interessen der Arbeiterkraft in den Vordergrund gehören. (Lebh. Zutr. b. d. Soz.) Nach der früheren Vorlage waren die Gewerbegehilfen in den Apotheken ausgenommen. Der jetzige Entwurf verschlechtert das dahin, daß sämtliche Handlungsgehilfen ausgenommen bleiben. Entgegen der ersten Vorlage sind auch die Betriebsbeamten, die Werkmeister und Techniker ausgenommen. Diese Kategorien müssen aber notwendigerweise in das Gesetz aufgenommen werden. Sie sind Arbeiter, wie alle diejenigen, die ihre Arbeitskraft in den Dienst dessen stellen, der Kapital besitzt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nun hat der Staatssekretär erklärt, diese Zugeländnisse bedeuten die äußerste Grenze. Sehen wir uns einmal an, was die Regierung „angeht!“ über die Frage, ob die Errichtung der Arbeitskammern dem Bundesrat oder den Landesbehörden anvertraut werden sollen, geht der Staatssekretär leicht hinweg. Er sei nicht der Mann, Gesetze in anderem Sinne auszuführen, als in dem Sinne, in dem sie beschlossen worden sind. Aber das sagte auch Herr Bethmann-Hollweg beim Reichsvereinigungsgesetz. (Hört. und Sehr gut! b. d. Soz.) Es ist schon besser — bei allem guten Glauben in die subjektive Glaubwürdigkeit des Staatssekretärs — daß wir uns auf mündliche Zusagen nicht verlassen, sondern in das Gesetz hineinschreiben, daß der Bundesrat die Errichtung zu verfügen hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In der Frage des Wahlalters will die Regierung, zugeständenermaßen auf Wunsch der Arbeitgeber (Lebh. Hört. b. d. Soz.) nicht nachgeben. Wohl aber sollen auch die Arbeiter unter 25 Jahren zu den Kosten der Kammern beitragen. (Hört. b. d. den Soz.) Also Pflichten aber keine Rechte! Zur Frage der Arbeitersekretäre hat der Staatssekretär sein „unannehmbar“ ganz besonders unterstrichen. Nun, seit der berühmten Reichsfinanzreform hat das „unannehmbar“ der Regierung einen sehr eigentümlichen Beigeschmack. (Lebh. Sehr gut! links.) Wir sind der Meinung, der Reichstag soll beschließen, was ihm gut scheint und die Verantwortung für das etwaige Scheitern dann ruhig der Regierung überlassen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Die Zulassung der Arbeitersekretäre soll angeblich die Freiheit und Unbefangenheit der Verhandlungen gefährden. (Gr. Hört. b. d. Soz.) Ein armer Bergarbeiter aber, der in der Arbeitskammer seinem Bergheer oder Direktor gegenübersteht, der besitzt wohl die nötige Freiheit und Unbefangenheit. Ich möchte wissen, von welchen Arbeitersekretären, mit denen er verkehrt hat, der Herr Staatssekretär seine eigentümliche Auffassung gelernt. (Lebh. Hört. und sehr gut! b. d. Soz.)

Das müssen Arbeitersekretäre mit ganz eigenartiger Qualifikation sein, ich bitte ihn, doch die Namen zu nennen. Auch für die Arbeiter wären sie interessant. Meint er sie nicht, so erlassen wir vielleicht einen Aufruf, daß sie sich melden. (Hört. und sehr gut! b. d. Soz.) Herr von Winterfeld meinte, esginge nicht, Arbeitersekretäre zuzulassen, weil sie die Angehörigen der Arbeiter seien. Aber was man ändern versagt, das beansprucht man selbst als sein gutes Recht. Die Landwirtschaftskammern, die dürfen es. Die dürfen nicht nur die Beamten der landwirtschaftlichen Organisationen wählen, sondern auch solche Personen, denen die Kammer das Recht der Wählbarkeit beilegt. (Hört. hört! links.) Wer so wenig Berechtigten hat, dem kommt es überhaupt nicht zu, darüber zu reden, was den Arbeitern dient und was nicht. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wenn die Arbeitersekretäre von den Kammern ferngehalten werden, so wird das angeblich den Interessen der Arbeiter dienende Gesetz nichts anderes sein, als eine Wahrnehmung der Unternehmerinteressen, ein Gesetz, welches in allen einzelnen Bestimmungen nach den Angaben des Zentralverbandes Deutscher Industrieller gearbeitet ist. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Ehe man ein solches Gesetz macht, soll man es lieber ganz fallen lassen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Neu sind auch die Bestimmungen, daß die Verhandlungen nicht öffentlich sind. In der Kommission war das nicht beschlossen, sondern nur von den Konserverativen beantragt. Ein konservativer Antrag genügt aber der Regierung, auch wenn die Kommission ihn ablehnte. Die Öffentlichkeit ist aber notwendig, damit die Arbeiter ihre Vertreter kontrollieren können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wegen die Behauptung des Staatssekretärs, die Eisenbahnarbeiter seien keine gewerblichen Arbeiter, erheben wir schärfsten Protest. (Lebh. Zutr. b. d. Soz.) Sie werden ausgebeutet, kapitalistischer Profit wird aus ihnen gezogen. Warum also sollen sie anders gestellt werden, als andere Arbeiter? Grade in den Staatsverhältnissen liegen die Dinge derart, daß gründlich hineingeleuchtet werden muß. Der Ausschluss der Staatsarbeiter von den Arbeitskammern ist eine Degradation, der wir auf das Schärfste widersprechen. Und diesen verschlechterten Entwurf beschwört uns der Staatssekretär nicht scheitern zu lassen: Ursprünglich hielt ich Kommissionsberatung für überflüssig. Nach den neuesten Verschlechterungen muß ich aber Bezeichnung an eine Kommission von 28 Mitgliedern beantragen. (Lebh. Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Schmidt-Altenburg (Vpt.): Wir sind nicht allgemein von der Notwendigkeit der Arbeitskammern überzeugt. Will man sie aber durchaus haben, dann sollen sie ein Friedensinstrument sein, und dann darf man die Arbeitersekretäre nicht zulassen, das hieße ja einen kommandierenden General an die Spitze einer Friedensliga stellen. (Beifall rechts.)

Kulereki (Kole) schließt sich der Kritik der Abg. Will, Naumann und Legien in allen Punkten an, hält aber Kommissionsberatung für überflüssig.

Vehrens (WVag.) vertritt die Ansicht, daß das Gesetz ohne die Wählbarkeit der Organisationsvertreter ziemlich wertlos sei. Die Arbeitskammern werden nicht nur von der radikalen Arbeiterbewegung gefordert. Wenn jetzt wiederum das Zustandekommen dieser Kammern scheitert, so wird das in Arbeiterkreisen, die zu Kaiser und Reich halten, weit mehr böses Blut machen, als alle die Steuern, mit denen die Linke im Lande herumkriecht. (Lachen links.) Leider ist der Einfluß des Zentralverbandes der Industriellen bei Nationalparlament, Reichspartei und selbst bei den Konserverativen übermächtig. (Sehr wahr! b. d. WVag., Z., Pres. u. Soz.) Diese Parteien tragen die Verantwortung für das etwaige Scheitern des Gesetzes. (Lebh. Beifall b. d. WVag.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

### Das Hausarbeitsgesetz.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir waren bestrebt, nach Möglichkeit den Wünschen der Kommission gerecht zu werden. Die Kommission hat anerkannt, daß man auf diesem Gebiete nur ganz vorsichtig und schrittweise vorwärts kommen kann. Die Kommission war der Meinung, daß speziell die Lohnverhältnisse einer Regelung bedürfen. Hiermit würde aber der Staat in den Arbeitsvertrag eingreifen und dieser Auffassung stellen sich schwerwiegende prinzipielle Bedenken sowie auch praktische Schwierigkeiten entgegen. Den Tarifverträgen siehe ich durchaus nicht unfreundlich gegenüber, wenn sie auch nur einen bewaffneten Frieden darstellen. Ihre Förderung ist wünschenswert, doch bin ich im Laufe des Winters durch eingehende Erwägung zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Möglichkeit behördlicher Förderung des Tarifvertrages noch nicht gegeben ist. Ich hoffe aber, Sie werden das Vertrauen zu mir haben, daß ich vor allem bestrebt sein werde, dem Tarifvertrag für die Hausarbeit bald die Wege zu ebnen, nur möchte ich bitten, mit dieser Frage diesen Gesetzentwurf nicht zu belasten, sondern ihn so zu verabschieden, wie er vorgelegt ist. (Bravo!)

Dr. Pieper (Z.): Der Entwurf bietet den Heimarbeitern zwei Dinge: einmal wird das, was für die Fabriken zum Schutze der Gesundheit schon getan ist, auf sie ausgedehnt, einschließlich der Beschränkung der gesundheitsgefährlichen Arbeitszeit. Noch wertvoller ist die zweite Gruppe der Bestimmungen, welche den Versuch macht, die niedrigen Löhne wenigstens auf ein Existenzminimum zu heben. In der Frage, ob eine behördliche Festsetzung von Löhnen zu billigen ist, stimme ich den grundsätzlichen Ausführungen des Staatssekretärs zu, bemerke aber, daß in der Hausarbeit solche Mindestlöhne herrschen, daß eine behördliche Regelung hier eine Notstandsaktion ist, ohne die die Lage der Heimarbeiter nicht gebessert werden kann, insbesondere da eine Hausarbeiterorganisation von innen heraus unmöglich ist. (Bravo! i. Zentr.)

Hennig (R.): Die Sozialpolitiker sollten mit der Vorlage zufrieden sein, wenn sie auch nicht alles erreichen. In solchen Dingen könne man nur langsam und schrittweise vorgehen.

Wanz (Frl. Vpt.): Die Gesetzgebung kann auf diesem Gebiete leicht mehr schaden als nützen. (Sehr richtig! b. d. Frl.) Den Schutzbestimmungen für Leben und Gesundheit stimmen wir zu, aber das vorgeschlagene System der Lohnstufen ist nicht genügend. Der Regierzwang wird mit dem Hinweis auf die Dänen aus besseren Ständen bekämpft. Viele haben die Hausarbeit oft sehr nötig. (Sehr richtig! b. d. Frl.) Man wird daher mindestens die Geheimhaltung der Listen verlangen müssen.

Everling (natl.): Die Notstände werden oft übertrieben, immerhin bedürfen sie der Einschränkung. Das Verlangen der Sozialdemokratie, in der Nahrungs- und Genussmittelbranche die Heimarbeit radikal zu verbieten, wird wohl keine andere Partei des Hauses mitmachen. Hinter jeden Heimarbeiter einen Schutzmann zu stellen, wie die Sozialdemokratie es möchte, geht entschieden zu weit. (Zutr. b. d. Natl.)

Schmidt-Berlin (SD): Es ist kein erfreulicher Zustand, wenn Heim und Arbeit verbunden werden. Heimstätte und Arbeitsstätte sollten getrennt sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein Heim, in dem die Arbeitsstätte aufgeschlagen ist, zeigt stets große Gefahren für die Gesundheit und die Entwicklung der Jugend. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Unbedingt notwendig ist das Verbot der Heimarbeit für die Nahrungs-



mittelindustrie, welches mein Vorgesetzter bekämpft hat. Das es fehlt, ist ein großer Mangel des Entwurfs. Es kann kein erwünschter und auch kein appetitlicher Zustand sein, daß Nahrungsmittel in der Heimarbeit hergestellt werden, wo jede Kontrolle fehlt. Hierin liegen Gefahren, nicht nur für die Heimarbeit, sondern auch für die Konsumenten. Diese Zustände haben sich erst allmählich entwickelt, und diese ungesunde Entwicklung müssen wir zu hemmen suchen. Unsere Heimarbeitserzeugung ist weit zurück hinter der anderer Länder. Das französische Gesetz schaltet sogar das Zwischenmessen aus. (Hört, hört! bei den Sozialisten) Das vorliegende Gesetz ist leider nur ein Rahmengesetz. Es soll erst durch Bundesratsverordnungen oder Polizeiverordnungen ausgefüllt werden. Wenn ich das gesungene Vertrauen zu diesen Stellen hätte, so könnte ich wohl sagen, daß mit der Ausbildung des Rahmens alles Notwendige geschehen kann. An diesem Vertrauen fehlt es uns aber nach den bisherigen Erfahrungen. (Sehr richtig! bei den Sozialisten) Wie notwendig ein vollständiges Verbot der Heimarbeit wäre, beweist die Tatsache, daß sie jetzt auch stark in der Gellulosefabrikation im sich greift, die bekanntlich außerordentlich feuergefährlich ist. Diese Heimarbeit müßte mindestens verboten werden. Notwendig ist ferner ein Verbot des Trucksystems, welches den Heimarbeiter in wirtschaftliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber bringt. Höchst wichtig ist die Lohnfrage. Die Regierung hat sich leider nicht dazu verstanden, Lohnämter einzuführen. Ob aber die vorgesehenen Lohnsätze von den Unternehmern richtig geführt werden, erzieht sich leicht der Kontrolle. (Sehr wahr! b. d. Sozialisten) Man hat nun gesagt, die Heimarbeiter sollten Tarifverträge in freier Vereinbarung herbeiführen. Tatsächlich kommen aber insbesondere die Heimarbeiter, die zu den niedrigsten Löhnen arbeiten, für die gewerkschaftliche Organisation fast gar nicht in Frage. Wir müssen deshalb darauf bestehen, daß in der Kommission der Versuch gemacht wird, die Lohnverhältnisse durch Lohnämter oder paritätische Kommissionen zu revidieren. Der Entwurf der Reichsverfahrensordnung hat das Verbot des Lohns auf Zwangsgrundlage anerkannt. Allerdings nicht für die Arbeiter, sondern für die Arbeitgeber. (Sehr wahr! b. d. Sozialisten) Was dort möglich war, warum sollte es für eine so elend entlohnte Arbeiterschaft nicht getan werden! Dieser wichtige Punkt muß dem Entwurf auf jeden Fall zugesagt werden. (Bravo! b. d. Sozialisten)

Kulenkamp (K.): Das Leben des Heimarbeiters ist die Hölle auf Erden. (Sehr wahr! b. d. Sozialisten) Dem Verlangen nach Lohnämtern kann man nur zustimmen. (Bravo! b. d. Sozialisten)

Rehrens (Wag.): Die Vorlage ist nicht ideal, aber es kann daraus etwas Brauchbares werden. Auch wir wünschen Lohnämter, machen davon aber unsere Stellung nicht abhängig. (Reif, rechts.)

Der Gegenentwurf wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr. (Toleranzantrag des Zentrums, Gewerbeordnungskommission.)

## Gewerkschaftsbewegung.

**Antisemitische Heiden in der Handlungsgesellenbewegung.** Der antisemitische Deutsch-nationale Handlungsgesellenverband hatte seinen Vertrauensmännern Geheimmaterial geliefert, das der Bekämpfung des gewerkschaftlichen Zentralverbandes der Handlungsgesellen und Gehilfinnen dienen, aber ohne Quellenangabe benutzt werden sollte. Ein Exemplar fiel jedoch in die Hände des Zentralverbandes, der sofort erkannte, daß dieses antisemitische Geheimmaterial aus Fälschungen und Verleumdungen niedriger Art bestand. Der Zentralverband der Handlungsgesellen veröffentlichte daher mit entsprechenden Erläuterungen das gegen ihn gerichtete Material im Wortlaut als Broschüre: „Zur Kritik der Handlungsgesellenbewegung und ihrer Literatur“ und brandmarkte darin die Antisemiten als Fälscher und Verleumder. Daraufhin klagte die antisemitische Verbindungsleitung nicht etwa wegen Verleumdung, um die Sache gerichtlich klar zu stellen, sondern sie stellte Strafantrag wegen unerlaubten Nachdrucks des Materials; auch verlangte sie 1000 Mk. Buße. Den Gedanken an die geforderte Buße mußten die Antisemiten indes fallen lassen, den Strafantrag wegen Nachdrucks hielten sie jedoch aufrecht. Am 14. Februar wurden vom Landgericht Hamburg Paul Lange als Verfasser und Max Josephson als Verleger der Broschüre zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Beurteilung haben Revision eingeleitet. Aber auch wenn es bei der Strafe bleiben sollte: Die zweimal 50 Mk. wollen nichts besagen angesichts der Tatsache, daß der Deutsch-nationale Handlungsgesellenverband in voller Glorie offenbart wurde.

**Der Kampf der Scharmacher im Baugewerbe gegen die Statistik.** Vom „Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ ist kürzlich ein Tabellenwerk herausgegeben worden, in dem Angaben über Bauarbeiterlöhne und Lebensmittelpreise gemacht wurden, die zweifellos bei den kommenden Tarifverhandlungen eine Rolle spielen werden. Damit soll offenbar der Nachweis geführt werden, daß die Löhne im Vergleich zu den Preisen verschiedener Bedarfsartikel unüberhältnismäßig stark gestiegen seien. In welcher tendenziösen Weise dabei den Tatsachen Gewalt angetan wird, soll folgendes Beispiel veranschaulichen.

Nach den Angaben der Unternehmer gestalten sich die Löhne für Zimmerer im Zeitraum der letzten Jahre in den benannten acht Städten wie folgt:

Lohngebiet	Lohn p. Std.		Steigerung p. Std.	
	1900	1910	1900	1910
Darmstadt	37 Pfg.	47 Pfg.	10 Pfg.	27 Proz.
Frankfurt a. M.	42	55	13	27
Friedberg i. H.	35	43	8	23
Hanau a. M.	39	45	6	15
Höchst a. M.	42	49	7	17
Mainz	38	51	13	34
Offenbach a. M.	42	49	7	17
Wiesbaden	40	49	9	22½

Die Löhne für 1910 in dieser Tabelle stimmen, mit Ausnahme derer für Zimmerer in Wiesbaden. Wie aber steht es mit den Angaben für 1900 aus und wie infolgedessen mit der herausgerechneten Steigerung? Vor uns liegt Nr. 5 der „Zeitschrift des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“ für das Jahr 1910, mit dem Protokoll über die Generalversammlung des betr. Verbandes. Nach diesem Protokoll hat ein Herr Beck aus Offenbach angeregt, einmal die im Jahre 1900 an die Maurer und Zimmerer gezahlten Löhne festzustellen. Das ist sofort geschehen. Es wurden alsbald nach den Angaben der betr. Herren Delegierten folgende Stundenlöhne an die Arbeiter festgesetzt:

(Die nach diesen Angaben im Protokoll verzeichneten Löhne sind in nachstehender Tabelle eingesetzt und danach ist nun die Steigerung berechnet worden, wobei sich ein wesentlich anderes Endergebnis ergibt. Es handelt sich wie gesagt um Unternehmerangaben.)

Lohngebiet	Lohn p. Stunde		Steigerung		Zu viel bezogene rechnerische Steigerung in %
	1900	1910	in Pfg.	in %	
Darmstadt	42	47	5	12	15
Frankfurt a. M.	48	55	7	14½	18½
Friedberg i. H.	38	43	5	13	10
Hanau a. M.	43	45	2	4½	11½
Höchst a. M.	45	49	4	9	8
Mainz	43	51	8	18	16
Offenbach a. M.	44	49	5	12	6
Wiesbaden	45	48	3	7	15½

An dieser Gegenüberstellung wird einmal gezeigt, wie die Öffentlichkeit irre geführt wird, um bei Lohnkämpfen Stimmung gegen die Arbeiter zu machen. Die Löhne für 1900 werden um einige Pfennige niedriger angegeben, als sie in Wirklichkeit sind, um eine recht kräftige Steigerung herausrechnen zu können. Der Arbeitgeberbund kann sich nicht einmal auf seine Unwissenheit berufen, da in Frankfurt und Offenbach feierlich tarifliche Vereinbarungen mit seinen Mitgliedern bestanden, in denen die Löhne ausdrücklich festgesetzt waren. Zweifellos wird es gelingen, solche Manipulationen noch in anderen Zahlen dieser „Statistik“ nachzuweisen.

**In den Buchbindereien und Kartonnagenfabriken in Plauen i. V.** kommt es nun doch zum Streik. Am Montag ist in vier Werkstätten bereits die Arbeit niedergelegt worden, bis zum Sonnabend folgen weitere Arbeitsniederlegungen. Die Unternehmer machen große Anstrengungen, um Ersatzkräfte von auswärts zu bekommen. Zugung muß daher strengstens ferngehalten werden.

**Abgelehnte Demunzianten.** Das auf Betreiben von Boya um er Zentrumsführern gegen den Genossen Götte vom Bergarbeiterverband eingeleitete Meinungsverfahren ist nach umfangreicher Zeugenerhebung in der Voruntersuchung, bei der die Zentrumsführerschaften schlecht abgeschritten haben, eingestellt worden.

**Ausprägung der Brauerarbeiten in Freiburg i. B.** Die Brauereien in Freiburg i. B. haben die Ausprägung vollzogen. Als nach zweimaligen Verhandlungen mit den Vertretern des Brauerarbeitenverbandes keine Einigung erzielt wurde, hauptsächlich auch deshalb nicht, weil die Lohnsätze für die Bierfahrer und Hilfsarbeiter zu niedrig waren und die Brauereien auch nach einem Boykottschlußparagraphen im Tarif einschmuggeln wollten, brachen die Brauereien die Verhandlungen ab. Der Syndikus der Brauereien holte sich die Vertreter der Christlichen und Gelben und schloß mit ihnen den Tarif ab, mit dem vom Brauerarbeitenverband für unannehmbar erklärten Bedingungen. Die freigewählten Brauerarbeiten wurden nun vor die Wahl gestellt, entweder den Tarif anzuerkennen oder ihr Arbeitsverhältnis zu kündigen. Die Mittel, die die Brauereien anwendeten, um die Anerkennung des Tarifs zu erlangen, trieben die Brauerarbeiten zur Wehr und führten zu Arbeitsniederlegung in einem Vereine. Bis zum Abend desselben Tages, am 12. Februar, wurde sämtlichen übrigen Brauerarbeiten oekologisch, die den Tarif nicht unterzeichnet hatten. Das ganze Verhalten der Unternehmer bemerkt, daß der Kampf der Organisation gilt und die Ausprägung zu diesem Zwecke vorbereitet war, wozu ihnen die Christlichen und Gelben beifällig waren.

In Düsseldorf der Dachdeckerergewerbe läuft demnächst der zwischen Zinnung und Dachdeckergehilfenverband vereinbarte Tarif ab. Die Organisation der Gehilfen beabsichtigt nun einen Mindest-Stundenlohn von 65 Pfg. im neuen Tarif festzusetzen, bisher betrug der Lohn 60 Pfg. Die Herren von der Zinnung müssen davon frühzeitig Wind bekommen haben. Sie sitzen dem Gesellenausschuß ein Schreiben zukommen, in dem es heißt: „... Ferner teilen wir Ihnen mit, daß die gestrige Zinnungsversammlung beschlossen hat, infolge des allgemeinen Niedergangs der Preise, sowie der erhöhten Kosten für Gerüstbau, der Arbeiterzuschussvorrichtungen und sonstigen Abgaben, den Stundenlohn für Gesellen und Stiegarbeiter um 5 Pfennig ab 1. März 1910 zu reduzieren, wovon Sie hiermit gefl. Kenntnis nehmen wollen.“ — Statt Lohnhöhung also Lohnabzug. So leicht wird sich dieser Beschluß denn doch nicht in die Praxis umsetzen lassen, zumal die Düsseldorf'sche Gehilfen zu 90 Prozent organisiert sind.

**Bergarbeiter und Wahlrechtskampf.** Die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ widmet einen großen Teil ihres Raumes dem preussischen Wahlrechtskampf, an dem die Bergarbeiter ja in besonderem Maße interessiert sind. Im ersten der Wahlrechtsartikel heißt es einleitend: „Wir zählen in jenem merkwürdigen Lande, das man Preußen nennt, mehr als 600.000 Bergarbeiter; in das Berufsdasein spielt hinein die preussische Gesetzgebung, oft und tief einschneidend! Aber wir sind nicht allein Bergarbeiter, wir sind auch preussische Staatsbürger, die trotz allerlei und stiefmütterlicher Behandlung zu allen sogenannten Untertanenpflichten herangezogen werden. Daraus und aus der ersten Feststellung ergibt sich die Selbstverständlichkeit, daß wir als Staatsbürger und Bergarbeiter zugleich an der Entwicklung Preußens ein großes Interesse haben.“ Es wird dann besonders das Verhalten des Zentrums und der christlichen Arbeiterführer beleuchtet und deren Worte und Taten hinsichtlich der Wahlrechtsfrage gegenübergestellt. In einem Artikel: „Die Bergarbeiter und die preussische Gesetzgebung“ heißt es zum Schluß: „In den Bergrevieren häufen sich die Bilder des Elends. Und unten in der Tiefe da treibt man Schindluder mit den Knappen, da treibt ein Mißstand nach dem andern, schlechte Behandlung und wüste Antreibung der Bergarbeiter in grenzenlose Erbitterung. Trotz schwerer Arbeit hungern Tausende und aber Tausende von Bergarbeitern nebst ihren Familien, weil der Lohn nicht ausreicht. In die Schranken der Grubenkapitalisten ergießen sich inoffens Goldströme! Alles umrahmt dann noch der einseitige, vom Übermut der Verlesherren diktierte Arbeitsnachweis! Ob es den 600.000 Knappen so ergeht, wenn man sie als gleichberechtigte Bürger im Staat, als Menschen im wirtschaftlichen Leben betrachtet? Wohl nicht! Wann wird es so weit kommen? Das weiß man jetzt noch nicht! Eins aber wissen wir heute schon: Hätten die Bergarbeiter, überhaupt die Arbeiter, die staatsbürgerlichen Rechte, die ihnen zukommen; übten sie einen Einfluß auf die Gesetzgebung aus, wie es sich gehörte, dann sähe gewiß vieles anders und besser im Bergbau aus.“

**Lohn- und Arbeitsbedingungen in Japan.** Die Handelskammer Indianapolis (Vereinigte Staaten) hörte kürzlich einen Vortrag des Franzosen R. S. Looney, der seit Jahren industrielle Unternehmungen in Japan befragt, über die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses industriell mächtig aufstrebenden Inselreiches. Looney sagt dem ausländischen Kapital in Japan, demgegenüber in den letzten Jahren das alte Mißtrauen der japanischen Kaufleute und Industriellen immer mehr geschwunden sei, ungeheure Entwicklung und Gewinnchancen voraus, und zwar hauptsächlich infolge der unglaublich niedrigen Produktionskosten. In seinen Werken, die Warenwaren herstellten, seien 2500 Mädchen beschäftigt, die für eine 12 stündige tägliche Arbeitszeit 20 Pf. und weniger Lohn erhalten. Davon sollen sie angeblich „gut leben und gar noch Ersparnisse machen.“ Können! Die qualifizierten verheirateten Arbeiter erhalten 60 Pf. bis 1 Mark pro Tag. Ihnen mehr zu zahlen, sei nicht notwendig, da

den Arbeitern daran nichts liege, und sie übrigen höheren Verdienst nur im Teehaufe verpassen würden. Wörtlich sagte Looney dann: „Mit solch billigen Arbeitsmaterial ist es den Fabriken möglich, fälschlich und zwar für viele Jahre noch, 50 bis 75 Prozent Dividenden zu verteilen. Sobald ein Betrieb einigermaßen im Gange ist, wirft er ungeheure Gewinne ab. Die zu unserer Württembergfabrikation notwendigen Knochen beziehen wir von Chicago; wir haben also Transportkosten wie auch 10 Prozent Zoll zu zahlen. Unsere Vorfristen erhalten wir aus Deutschland und Belgien. Diese verursachen ebenfalls Transportkosten wie 5 Prozent Aufschlag für Zoll. Und wenn nun die Ware fertig hergestellt ist und in die Vereinigten Staaten eingeführt wird, zahlen wir abemals den Transport und einen Zoll von 40 Proz. für die fertige Ware. Und trotzdem sind wir in der Lage die Konkurrenz der amerikanischen Fabriken vollständig aus dem Felde zu schlagen. Das gleiche ist der Fall mit Zeugnissen aus der Textilindustrie, die ihre Rohstoffe zum Teil einführen und dafür hohe Zölle zahlen, aber dennoch in Manchester ihre Waren billiger anbieten kann, wie die englischen Fabrikanten.“ Nach alledem ist die Stellungnahme der organisierten Arbeiterkräfte in den Vereinigten Staaten und in Australien, die sich mit allen Mitteln gegen die Einwanderung von Arbeitern der gelben Rassen wenden, sehr wohl zu verstehen. Das zeigt auch der kürzlich veröffentlichte Bericht des arbeitsstatistischen Amtes des Staates Kalifornien über Löhne und Arbeitszeit der verschiedenen Berufe. Wir wollen davon nur zwei mißfällige Beispiele herausgreifen, wozu zu bemerken ist, daß die übrigen noch krassere Umstände zeigen. In Wäschereien der Stadt San Francisco wurde festgestellt, daß die Arbeitszeit der in chinesischen Betrieben beschäftigten Chinesen durchschnittlich 11,7 Stunden pro Tag, der Japaner, die bei ihnen Landstreifen arbeiten, 10 Stunden betrug, während die organisierte weiße Arbeiterschaft durchschnittlich nur 8½ Stunden täglich arbeitet. Die Zahl der weißen Arbeiter ist denn auch in den Wäschereien der Stadt San Francisco von 1650 im Jahre 1906 auf 1056 im Jahre 1907 zurückgegangen. Von 182 befragten chinesischen Arbeitern hatten 34 einen Wochenlohn von 6-9 Dollar, 72 einen solchen von 9-12, und 26 einen Lohn über 12 Dollar, während von 159 befragten japanischen Arbeitern 80 einen Wochenlohn von 6-9 Dollar, 41 einen solchen von 9-10 und 22 einen solchen über 10 Doll. aufweisen. Dagegen ist der allen Weißen bezahlte gewerkschaftliche Mindestlohn 7 Dollar pro Woche; doch verdient ein beträchtlicher Teil 18-22 Dollar. In Bazarren arbeiten die Chinesen durchschnittlich 10 Stunden, die Japaner 9½ Stunden täglich, während die höchste Arbeitszeit für Weiße 57 Stunden in der Woche beträgt. In Lohn erhielten von 139 befragten chinesischen Bazargehilfen 5 wöchentlich 6-9 Dollar, 12 9-12 und 23 über 12 Dollar Wochenlohn. Von 82 befragten japanischen Gehilfen verdienten drei weniger wie 6 Dollar, 11 dagegen 6-9 Dollar, während 11 einen Wochenlohn von 9-12 Dollar und 12 über 12 Dollar hatten. Der Minimallohn der weißen Angestellten der gleichen Branche dagegen beträgt 15 Dollar, während im Durchschnitt 20 Dollar wöchentlich gezahlt werden — Wie schon angeführt, sind die übrigen Beispiele noch krasser, besonders in denjenigen Industrien, in welche gelbe Arbeiter noch nicht in nennenswerter Anzahl eingedrungen sind, in denen also die weißen Arbeiter ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen noch aufrecht erhalten konnten.

## Arbeitsnachweise und Arbeiterfängerei.

Am 1. Februar sind in London und auch sonst in England die ersten Arbeitsnachweise eröffnet worden auf Grund eines Gesetzes, das vom englischen Parlament im August des vergangenen Jahres angenommen wurde. Das war eine ferner Sozialreform, mit denen die liberale Regierung gedacht hatte — und zwar, wie das jetzige Wahlergebnis beweisen hat, nicht ohne Berechtigung — die zum selbständigen politischen Auftreten geeignete Arbeiterschaft zu „fangen“. Die Einrichtung ist auf großen Maßstab berechnet. Das gesamte Königreich soll in elf Kreise verteilt werden, je einer mit einem Kreisbureau und alle zusammen unter das nationale Zentralbureau in London gestellt. Die Kreisbureaus fungieren für die Nachweise der betreffenden Kreise als Börsen, in die und von denen alle Informationen ein- und auslaufen. Das nationale Zentralbureau fungiert als Börse für die Kreisbureaus. Jedes Kreisbureau ist einem Kreishof unterstellt, das Zentralbureau wird von einem Generalchef verwaltet und das ganze System von einem Direktor geleitet. Diese Beamte, wie auch die Leiter der einzelnen Nachweise, werden vom Handelsminister angestellt. Die einzelnen Nachweise sind in den Kreisen gruppiert und je nach Wichtigkeit der Stadt in folgender Weise klassifiziert: etwa 30-35 erster Klasse für die Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern, 40-50 zweiter Klasse für Städte mit 50.000-100.000 Einwohnern, und 130-160 dritter Klasse für Städte von 25.000 bis 50.000 Einwohnern. Dann wird es noch etwa 20-30 Wartefälle für Doctarbeiter und sonstige Zufallsarbeiter in den Häfen geben, und einfache Arbeitsnachweiskisten in jedem Dorfe in der Postanstalt. Die Arbeitsnachweise werden weder nach dem deutlichen noch nach dem französischen Muster eingerichtet, sondern direkt dem Nachweis dienen. In des werden sie nämlich eigene Germe besitzen, deren Bau und Einrichtung etwa zehn Jahre in Anspruch nehmen soll. Dieses wird ungefähr 3.600.000 Mk. kosten. Vorkünftig werden sie in gemieteten Wohnungen eingerichtet. Etwa 80 sind in London und in den Provinzen bereits eröffnet worden. Die Zahl der Beamten wird ungefähr 800 betragen, die Verwaltungskosten sind auf ca. 1.200.000 Mk. pro Jahr berechnet. Die Gesamtkosten in diesem Jahr werden nur 2.000.000 Mk. betragen, zwischen 1911 und 1920 aber etwa doppelt soviel, die Baukosten eingeschlossen, dann kostet die Einrichtung jedes Jahr 3.600.000 Mk. Die Nachweise sollen sich gegenüber den Unternehmern und Arbeitern durchaus neutral betätigen, zur Sicherung dieses Prinzips wird jeder Nachweis über eine paritätisch zusammengesetzte Beratungskommission verfügen unter dem Vorsitz einer vom Handelsministerium ernannten „unparteiischen“ Person.

Man sieht, die neue Einrichtung ist in großem Maße aufgefacht, einheitlich und gut organisiert. Bis vor kurzer Zeit war in England überhaupt von irgend welchem Nachweissystem keine Spur. Die Arbeiteraristokratie, die Trade Unions waren zu stolz und zu dumm, um an die Vermittlung des Staates zu appellieren, und der Staat wollte überhaupt von keinen Maßregeln zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit etwas wissen, um den Schein nicht zu erwecken, als ob er in der Sache irgendwelche Verantwortung trüge. Erst im Jahre 1902, unter dem starken, von der Sozialdemokratie organisierten Druck der Arbeitslosen erteilte das Parlament den Stadtverwaltungen die Erlaubnis, lokale Nachweise einzurichten, aber hauptsächlich nur im Zusammenhange mit den öffentlichen Notstandsarbeiten. Natürlich war das Ende ein bißchen. Endlich bewog das Bedürfnis, das sozialreformistische Moment des Freihandels zu demonstrieren, wie auch dem politischen Auftreten der Arbeiterklasse entgegenzuwirken, das liberale Ministerium, ein großes System der



Arbeitsnachweise auf Stapel zu legen. Die Nachweislokale sind grün gefärbt — Grün ist ja die Farbe der Hoffnung! und grün blüht es auch im Herzen der liberalen Regierung, die die Günst eines bedeutenden Teiles der Arbeiterschaft sich so billig erkauft hat. Viele der bekannten Führer dieser Arbeiterschaft sind auch zu Leitern der einzelnen Nachweise ernannt worden, ein ganz berühmter Arbeiterführer, Herr Wolf, der ehemalige Sekretär der Eisenbahner, der sein parlamentarisches Mandat niederlegen mußte, da er sich der Arbeiterpartei nicht anschließen wollte, ist sogar zum Kreisoberschef ernannt worden und als Vorsteher der Trade Unions in der dreizehntägigen Kommission, die zur Ernennung der Angehörigen vom Handelsministerium eingesetzt worden war, fungierte Herr Schackleton selbst, der Vizepräsident der Arbeiterpartei. Wer wagt es jetzt zu behaupten, eine liberale Regierung sei nicht imstande, den „berechtigten“ Forderungen der Arbeiterschaft entgegenzukommen? Wozu denn also eine besondere Arbeiterpartei?

### Kommunales.

**Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes.** In Löbenberg in Schlesien dürfte bisher nur der Einwohner das kommunale Wahlrecht ausüben, der das sogenannte Bürgerrechtsgeld in Höhe von 21 Mk. gezahlt hatte. Auf einen konservativen Antrag hin wurde die Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes beschlossen. Der Magistrat erklärte, daß er dem Beschluß beitreten werde. Als ein ähnlicher Antrag vor kurzer Zeit von den Sozialdemokraten gestellt wurde, wurde er abgelehnt. Die Sozialdemokraten sind in der Stadtverordnetenversammlung nicht vertreten.

**Bürgerliche Arbeiterfreunde.** Im vorigen Jahre wurde durch die beiden städtischen Kollegien in Augsburg eine Neuregelung der Gehalts- und Lohnverhältnisse der städtischen Beamten und Arbeiter beschlossen, die jedoch für letztere wenig oder gar keinen Vorteil brachte. Im Hinblick auf die allgemeine Teuerung und in Anbetracht des Umstandes, daß die neugeregelten Löhne der städtischen Arbeiter gegen die Löhne in anderen Städten erheblich zurückblieben, stellte der Staats- und Gemeindefreundeverband an die Stadtverwaltung den Antrag, allen drei Jahre bei der Stadt beschäftigten Arbeitern vom 1. Januar 1910 ab die nächsthöhere Lohnvorrichtung auszusprechen. In der Sitzung des Gemeindefreundeverbandes vom 10. Februar kam der Antrag zur Verhandlung. Er wurde von unseren Genossen warm verteidigt, von der liberalen Mehrheit aber glatt abgelehnt. Man müsse, — so meinte ein liberaler Gemeindefreunde — auch Rücksicht auf die Privatindustrie nehmen, deshalb dürfe die Stadt nicht mit hohen Löhnen Konkurrenz machen. Auch die Vertreter der Zentrumspartei stimmten vereint mit den Liberalen gegen den Antrag. Die „Arbeiterfreunde“ der bürgerlichen Gemeindefreunde zeigte sich auch in gleicher Sitzung bei einem anderen Punkte. Der Magistrat hatte beschlossen, die Geschäftsordnung des städtischen Arbeitsamts dahingehend zu verschlechtern, daß in Zukunft auch für bestreikte Betriebe Arbeit vermittelt wird. Im Gemeindefreundeverband bekämpften unsere Genossen mit aller Entschiedenheit diese einseitige Verschlechterung des Arbeitsamtes zugunsten der Unternehmer. Der Referent sowohl, wie auch die anderen bürgerlichen Vertreter sangen ein Loblied auf die Streikbrecher, die der Staat und die Stadt schützen müsse. Das Vorgehen des Magistrats wurde denn auch von der bürgerlichen Mehrheit freudig begrüßt und gutgeheißen. Die Debatte anläßlich der beiden Fälle hat wieder aufs neue gezeigt, was die Arbeiterschaft von den bürgerlichen Parteien zu erwarten hat.

### Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil im Mansfelder Schwurgerichtsprozess wurde am Mittwoch nach dreitägiger Verhandlung gefällt. Vormittags wurden zunächst die Zeugenvernehmungen zu Ende geführt. Danach begannen die Wädopers, die mehr als 4 Stunden währten. Der Staatsanwalt beantragte, die Schuldfragen auf einfachen Landfriedensbruch bei 7 Angeklagten, auf schweren Landfriedensbruch bei einem zu beziehen. Die Rechtsanwälte Landsberg, Heine und Müller erwiderten um Verneinung dieser Schuldfragen, und hielten höchstens bei einigen Angeklagten Körperverletzung und Beleidigung für erwiesen. Nach 1 1/2 stündiger Beratung fielen die Geschworenen ihren Wahrspruch. Er lautete auf Freisprechung bei 4 Angeklagten, schuldig des einfachen Landfriedensbruchs bei 8 Angeklagten. Der Staatsanwalt beantragte hierauf gegen die Angeklagten, unter denen sich eine alte Frau befindet, Gefängnisstrafen von 6 bis 13 Monaten, insgesamt 74 Monate. Den Angeklagten seien milde Umstände zuzubilligen, da sie aufgebeht worden seien. Man möge ihnen auch die erlittene Untersuchungshaft anrechnen. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Staatsanwaltes an und erkannte nach einständiger Beratung dem Antrage gemäß. — Die in Haft befindlichen Angeklagten wurden sofort entlassen. Insgesamt wurden in Mansfelder Prozessen bisher 13 Jahre und 3 Monate Gefängnis verhängt.

**Gemeine Soldatenschindereien in der deutschen Armee.** Vor wenigen Tagen erst hatte sich das Kriegsgericht der 1. Division in München mit den Soldatenschindereien eines Unteroffiziers des 2. bayerischen Infanterieregiments zu befassen und nun stand schon wieder ein Angehöriger dieses Regiments wegen noch bedeutender roherer Verfehlungen vor den Schranken dieses Gerichts. War es das letztemal ein Unteroffizier, der wegen gemeiner Soldatenschindereien verurteilt wurde, so ist es diesmal ein Fähnrich, der Sohn des verstorbenen Obersten Ritter von Hügel, Ludwig Hügel. Der junge Herr ist das Erziehungsprodukt der Münchener Kadettenschule. Im Alter von 18 Jahren wurde er im Juli v. J. der 10. Kompanie des 2. Infanterieregiments zugeteilt und schon nach wenigen Monaten für befähigt erklärt, die 20jährigen und noch älteren Rekruten auszubilden. Sein hervorragendes Erzieher-talent befandete der Fähnrich zunächst an seinem Vorgesetzten, dem Infanteristen Hoffmeier. Diesen packte er bei jeder Gelegenheit und wegen jeder Kleinigkeit an den Ohren. Auf diesem Gebiete besitzt der Fähnrich, wie die Zeugen schilverten, eine besondere Virtuosität. Er drehte oder rollte dabei das Ohrfläppchen nach innen, riß dann daran und kniff es außerdem noch festig, so daß die Geschundenen in der Regel vor Schmerzen laut ausschrien. Dieses Kneifen geschah auch vielfach mit dem Fingernagel. Da gab's dann blutige Stellen und Wunden an den Ohren. Einmal hatte er den Pf. weil er nicht schnell genug vorrückte machte, so lange sich hinlegen und aufpassen lassen, bis er völlig erschöpft war. Der Mann war darauf mehrere Tage krank. Auch bei späteren Gelegenheiten wurde er gestochen, getreten, geohrfeigt und gemüht, weil der Mann für 50 Pf., die ihm der Fähnrich bot, nicht von einer Anzeige absehen wollte. Andere Soldaten waren in ähnlicher Weise mißhandelt worden. Der Vertreter der Anklage geißelte in scharfen Worten das ebenso tobe wie herzlose Verhalten des Angeklagten und beantragte vier Monate Festungshaft und Degradation. Das Gericht verurteilte den Fähnrich Hügel zu fünf Monaten Festungshaft, von einer Degradation

wurde mit Rücksicht auf die Jugend des Angeklagten abgesehen. Erwähnt mag noch werden, daß sich im Nationalen des Fähnrichs der Vermerk findet: „Nicht ganz reif.“ Trotzdem wurde der unreife Jüngling auf die Rekruten losgelassen und offenbar mangelhaft beaufsichtigt. Wo war der Rekrutenoffizier? Wo war der Hauptmann? Werden auch diese beiden Offiziere zur Verantwortung gezogen werden? — Vor dem Kriegsgericht der 3. bayerischen Division in Landau hatte sich der 24jährige Unteroffizier August Wittmer von der 3. Batterie des 12. bayerischen Feldartillerie-Regiments wegen 72 Soldatenmißhandlungen zu verantworten, die er in der kurzen Zeit vom 28. Oktober bis 10. November v. J. sich zuschulden kommen ließ. Er trat am 1. Oktober 1907 in Landau ein, nachdem er zuvor zwei Jahre im 14. bad. Feldartillerie-Regiment in Karlsruhe gedient hatte. Er war in Landau als Unteroffizier zum Futtermeister befördert worden und benutzte den Stabsdienst zu seinen Taten. Einen Fahrer namens Silberlein schlug er mit der Faust auf den Mund, daß ein Zahn ausfiel, den Rekruten schlug er mit der Hand ins Gesicht und ließ weinen, faste sie am Hals, zog ihnen das Hemd aus den Hosen, wenn sie beim Haftertragen ihre Schätze umgeschüttelt hielten. Wer die Namen der Verbeut nicht wußte, bekam Ohrspeichen; dem Fahrer Disque kniff W. mehrere Minuten lang in die Wange, sodas der Mann vor Schmerzen beinahe zu Boden sank, ein anderer Kanonier wurde mit der Trense geschlagen, daß der Kopf anschwellte. Einem Trompeter-Unteroffizier biß der Angeklagte einmal in die Wange. Der Batteriechef stellt W. das beste Zeugnis aus. Wittmer erklärt in der Verhandlung, sich an nichts mehr zu erinnern, er weinte, gab keine Antwort usw. Das Gericht nimmt 60 leichte und 8 schwere Fälle von vorsätzlicher Mißhandlung an und verurteilt W. unter Zustimmung mildernder Umstände zu fünf Monaten Gefängnis und Degradation.

### Aus Nah und Fern.

**Geborgene Leichen.** Aus München wird gemeldet: Nach tagelangen angestrengten Bemühungen wurden Dienstag nachmittag die Leichen von zwei der drei in voriger Woche im Steinbruch der Oberbayerischen Gipswerke zu Kogel verschütteten Arbeiter geborgen. Die Körper waren derart verformt, daß die einzelnen Teile der Leichen in Säcke verpackt werden mußten.

**Eine Frau nach seinem Gusto** sucht einer von der besseren Sorte — selbstverständlich! — in der „Frankfurter Zeitung“. Wie er sich selbst andeutet und was er von seiner Zukünftigen alles verlangt, ist ersichtlich aus dem nachstehend wortwörtlich abgedruckten Inserat. Dasselbe lautet:

#### Ernstgemeinte Heirat.

Vornehmer Fabrikant u. Großkaufmann, in München lebend, durch Erziehung und Stellung der ersten Gesellschaft angehörig, sucht auf diesem Wege Heirat mit einer Dame, der an einem wirklich glücklichen Heim gelegen ist.

Suchender ist 33 Jahre alt, evang., unabhängig und ohne Anhang, vermögend und mit jährlichem Einkommen von über 30000 Mk., mit Anwartschaft auf väterliche Erbschaft, von hoher, schlanker Gestalt, gesund, von unbedingter Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit, offener Charakter, sehr solide, energisch und außergewöhnlich intelligent und vielseitig, ernst veranlagt, aber gern fröhlich, denkt sich seine Frau 20 bis 30 Jahre alt, gesund, aus vornehmer, vermöglicher Familie, Moral und Ruf einwandfrei, ohne Launen und Capricen, von vornehm, verträglichem, ausgeprägtem Charakter, schlank, von guter eleganter Figur, nicht klein, wenn möglich hübsch, jedenfalls sympathisch im Äußeren und Wesen, heiter, lebenswürdig, viel Takt, weltgewandt, von feiner Perzens- und Geistesbildung, perfekt lady im Auftreten, Denken und Fühlen, tüchtig als Frau und wirtschaftlich, intelligent, musikalisch (ausübend), sowie möglichst sprachgewandt. Vielstellige Interessen (namentlich für alles Schöne), auch für Natur, Sport, Reisen, Beruf des Mannes, eigene Weiterbildung, sowie für eine schöne häuslichkeit sehr erwünscht. Orthodoxe katholische Damen ausgeschlossen. Dieselbe müßte mir nicht nur eine liebevolle, zärtliche Frau, sondern auch zuverlässiger, treuer Kamerad und sehr verständiger, kluge Gefährtin sein können und wollen.

In den Eigenschaften, wie vorstehend, die ich an meiner Frau sehr lieben würde, aber wohl nur zum Teil antreffen werde, möge man auf meine eigene Wesens- und Geistesart schließen.

Ich glaube durch liebevolles, zartfühlendes Wesen eine Frau, die ich achte und liebe... und ich heirate nur, wenn aufrichtige, warme, beiderseitige Neigung möglich ist, sonst auch bei Millionenmitteln nicht. wirklich glücklich machen und ihr eine angenehme, schöne und sichere Zukunft bieten zu können.

Ausführliche offene Zuschriften mit Bild, das selbstverständlich zurück erfolgt, bitte ich vertrauensvoll unter F 290 FM an Rudolf W. o. s. e., München, zur gef. Weiterbeförderung zu senden. Anonym zwecklos. Strengste Diskretion gegeben und verlangt.

Befcheidenheit und Anspruchslosigkeit scheinen allerdings die stärksten Seiten des Suchenden nicht zu sein. Möglich, daß er sehr ideal denkt. Unmöglich aber, daß er sein Ideal finden wird. Es sei denn, er habe sich daselbe nach seinem eigenen Vorbilde.

**Das Vieh ist wertvoller als die Arbeiter.** In einer Verhandlung wegen fahrlässiger Tötung infolge Nichtbeachtung der Schutzvorschriften wurde am Landgericht in Regensburg durch einen Ausschichtsbeamten konstatiert, daß in den landwirtschaftlichen Betrieben der Oberpfalz jene Stellen, die für Vieh gefährlich werden könnten, durchweg geschützt sind, daß aber die zum Schutze der Menschen bestimmten Einrichtungen fast überall fehlen, was schon daraus hervorgehe, daß zwar nur 35 Proz. der vorhandenen Berichte revidiert werden konnten, in diesen verhältnismäßig wenigen Betrieben aber 13 238 Verfehlungen vorgefunden wurden.

**Feuerbrand.** In dem unterägyptischen Dorfe Sast-gueidam, Provinz Charbieh, ist, wie dem „Berl. Tageblatt“ aus Kairo gemeldet wird, ein Feuerbrand ausgebrochen, die 500 Häuser einäscherte und 10 Opfer an Menschenleben forderte.

**Neues Seine-Hochwasser.** Aus Paris wird gemeldet: Einige Straßen des Stadtteils Pajy wurden neuerdings überschwemmt. Mehrere Brücken in Veronne, Champigny und andere Vororte drohen ebenfalls überschwemmt zu werden. Infolge des neuen Steigens der Seine wurden Maßnahmen getroffen, um die verschiedenen Grundstücke in Alfortville und Maisson-Alfort schleunigst räumen zu können. Man rechnet auf ein weiteres Steigen um 90 Zentimeter. Auch in Neuilly und Laissance sind wieder Überschwemmungen eingetreten.

**Der dänische Dampfer „Cambodia“**, mit Stückgut und Holzladung von Frederikshavn nach Sibakita unterwegs, ist

bei Helsingör untergegangen. Der Dampfer „Actio“ rettete 13 Mann der Besatzung. Ein Boot mit 16 Schiffbrüchigen wird vermisst.

### Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** „Alt-Seibelberg“ Schauspiel in 5 Akten von Wilh. Meyer-Förster. Ach, es war alles so süß! Wie die rosigen Backfischgäckchen in den Haufen strahlten und es überall in den Wandelgängen schwirrte: „Spielt Stahl-Nachbaur den Karl Heinz nicht reizend? Wie niedlich er wieder aussieht! Und Fr. Bog als Käthe! Während! Entzückend! Einfach himmlisch!“ Und der Kritiker hört lächelnd, wach ein Echo die sentimentale Romanze des Stiches in den jungen Herzen wieder hervorgerufen hat. Hat dieser Enthusiasmus für ihn nicht auch einen Reiz? Soll er mit solcher Feder die Schönheitsglückseligkeit der letzten Jahre küssen? Ach nein, die Zeit kommt nur zu bald, wo die Maublimleinmischung von selbst zerfällt, wo dieses Entzücken über eine Schwelgerei als das erkannt wird, was sie ist: eine harmlose, kindliche Torheit. Und sie hat doch einst so reich und froh gemacht! — Die Aufführung war überwiegend vorzüglich, und Herr Brunow hatte für eine stimmungschaffende Inszenierung geforgt.

#### Neuverschönung.

Odenburg, ein Rübenbauer, guter Mensch, Familienvater, durch und durch ein Hausvater. Aber eine Schnauze hat er!

Aus dem ungeheuer großen Breit gequellten Preußenmunde sprudeln die Gedankenfaucen literarisch in der Sekunde.

Anatrend kommen die Vokale, und die Konsonanten prasseln. Und man hört das kolossale Mitraillenschnalzen Quaseln.

Silben rauschen, Worte hallen, irgendwie ergibt das Schäl, und der tiefenpeichellaken hat noch immer neue Schäl.

Veter Schlemihl.

### Literarisches.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 4. Nummer des 27. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir hervor: August Bebel: Nach einer photographischen Aufnahme. — Andrea Costa. — Instruktion. — Fasten. — Die rote Farbe. — Vom Streik der Blumenhändlerinnen in Newyork. — Beim Fensterin. — Der stumme Reichsbank. — Uebermittwoch. — Der philosophische Koch. — Schatzmacher. — Volksgymnastik. — Text: Unserm August Bebel zum 70. Geburtstags. — Andrea Costa. — Odenburg-Jaunschau (Ill.). — Von Tobias. — Kometen am Ministerhimmel. — Von Ep. — Eine Wahrscheinlichkeit. — Das große Ereignis (Ill.). — Die Braunschweiger Meiselei! — Von H. K. — Die Sintflut. Eine moderne Legende. — Von Alfred Scholtz. — Lieber Jacob! — Von Jos. H. Meise. — Der Segen. — Von P. E. — Dilemma. — Von T. — Freude. — Von P. E. — Werte Redaktion! — Von Claus Swartmunt. — Die Fronde. — Von P. K. — Die Schleppe. — Dorf im Schnee. — Von Leo Keller. — Die würgende weiße Bestie. — Streik. — Von A. T. — Neudeutsche Naturstudien. — Charitas. — Von A. T. usw. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 10 des 20. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: August Bebel. — Von Klara Zeitlin. — Der politische Führer der deutschen Arbeiterklasse. — Von Rosa Luxemburg. — Bebel als Mitbegründer und Förderer der freien Gewerkschaften. — Von Helene Grünberg. — Was Bebel den Proletarierinnen gab. — Von Luise Zieg, Ottilie Baader und W. Kähler. — Bebel's Einfluss auf die bürgerliche Frau. — Von Mathilde Wurm. — Persönliches über Bebel. — Von Luise Kautsky. — Urkräfte sozialistischer Frauen aus Österreich, England, Rußland, Italien, Schweiz, Holland, Dänemark, Finnland, und den Vereinigten Staaten. — Politische Rundschau. — Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die Tarifbewegung in der Holzindustrie. — Von K. — Aus der Textilarbeiterbewegung. — Von H.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: An einem Wintermorgen, vor Sonnenaufgang. — Von Eduard Mörike. — Menschliche Kultur auf der Stufe der niederen Nager. — Von Hannah Lewin-Dorisch. — Seefischkost im Arbeiterhaushalt. — Die Mutter als Erzieherin. — Freuleiton. — Aus Bebel's Erinnerungen. — Der Hofpoet. — Von Max Stempel.

Für unsere Kinder: Von einem Helden. — Von ed. — Arbeiterjugend. — Von Ludwig Leffen. (Gebicht.) — Im Dunkel des Einhornwaldes. — Von Brand. — Der Wä auf gemeinschaftliche Kosten. — Von Friedr. v. Sallet. (Gebicht.) — Die schwarze Kasse. — Eine wahre Geschichte von Hebe. (Schluß.) — Der Besuch 1910. — Von Emma Döhl. (Gebicht.) Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mk. — Wie aus dem obigen Inhalt ersichtlich, ist Nr. 10 der „Gleichheit“ zum großen Teil dem selbstigsten Geburtstag unseres August Bebel gewidmet. Besondere Bekleidungen auf die in erhöhter Auflage gedruckte Nummer sind an Paul Singers Verlag in Stuttgart zu richten.

### Aus den Witzblättern.

**Bureaublüte.** Chef: „Sie, Mayer, ich glaube, Sie können auch nur ins Bureau, damit Sie irgendwo warten können, bis es sechs Uhr wird!“

**Preussische Justiz.** Der Richter: „Angeklagter, sind Sie Sozialdemokrat?“ — Der Angeklagte: „Ich kann die Frage des Herrn Vorstehenden nicht besser beantworten, als daß ich den Hohen Gerichtshof bitte, sich zu erheben und mit mir einzustimmen in den Ruf: Seine Majestät, unser aller gnädigster König und Herr, Hurra — Hurra — Hurra!“ (Simplicissimus).

**Das gebildete Dienstmädchen.** Madame (am Rechtshausen, mittraufsch): „Von wem ist der zerbrochene Krug?“ — Dienstmädchen: „Der zerbrochene Krug? Von Reist, Madame!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Albeck.